

Politikbereich Entwicklung und Zusammenarbeit **Forschungskonzept 2017–2020**



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Forschungskonzept 2017–2020

Autorin:

Dominique Simone Rychen (DEZA)

Mitwirkung:

Peter Beez, Markus Bürli, Brigitte Colarte-Dürr, Patricia Gomes Vieira Mendes, Susanne Hausmann, Silja Kohler, Charlotte Nager, Nils Rosemann, Jacqueline Schmid, Carmen Thoennissen, Stefanie von Moos, Susanne Zumstein (DEZA)

Originalsprache: Deutsch

Der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern KFPE wird für die wertvollen Kommentare gedankt.

Politikbereich Entwicklung
und Zusammenarbeit
Forschungskonzept
2017–2020

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	6
2. Überblick Politikbereich	7
2.1. Zuständigkeiten	7
2.2. Abgrenzung	7
2.2.1. Forschung im Rahmen des EU-Erweiterungsbeitrags	7
2.2.2. Forschung im Rahmen des BFI-Bereiches	8
2.2.3. Sicherheits- und friedenspolitischen Forschungsschwerpunkte	8
2.3. Die strategischen Ziele der internationalen Zusammenarbeit	8
2.4. Gesetzliche Grundlagen und Mandat	10
2.5. Forschungspolitik der DEZA	10
2.5.1. Bedeutung von Forschung	10
2.5.2. Hauptziel der Forschung	10
2.5.3. Grundsätze für Forschungsinvestitionen	11
2.6. Rückblick auf die Periode 2013 – 2016	12
2.7. Finanzierung (2013-2016)	14
2.8. Herausforderungen und Chancen für die IZA	14
3. Thematische Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit und Forschungsschwerpunkte	16
3.1. Thematische Prioritäten	16
3.2. Forschungsschwerpunkte	16
3.2.1. Klimawandelt und Umwelt	18

3.2.2. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit	19
3.2.3. Wasser	20
3.2.4. Gesundheit	22
3.2.5. Beschäftigung im Kontext der nachhaltigen Entwicklung	23
3.2.6. Konfliktprävention und Fragilität	24
3.2.7. Forschung im Rahmen der Ostzusammenarbeit	25
4. Finanzierung 2017-2020	26
4.1. Folgen der Umsetzung der Sparmassnahmen im Rahmen des KAP 2014	26
5. Wichtige Akteure und Schnittstellen im Forschungsbereich	27
5.1. Beschreibung der wichtigsten Akteure	27
5.2. Schnittstellen zu den Forschungsförderinstitutionen	27
5.3. Schnittstellen zu andern Bundesämtern	27
6. Organisation und Qualitätssicherung	28
6.1. Interne Organisation	28
6.2. Wissenschaftliche Begleitung	29
6.3. Qualitätssicherung	29
6.4. Wissens- und Technologietransfer und Verbreitung des Wissens	30
7. Abkürzungsverzeichnis	33
8. Anhang: Informationen zur Ressortforschung	34

1. Einleitung

«Eine Welt ohne Armut und in Frieden, für eine nachhaltige Entwicklung» ist die Vision der internationalen Zusammenarbeit (IZA) der Schweiz. Sie engagiert sich für die Verringerung der Armut und der globalen Risiken, für die Linderung von Not und für die Friedensförderung und die Achtung der Menschenrechte.

Auf der Grundlage ihres Mandates und zur Erreichung der strategischen Ziele der IZA fördert die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) wissenschaftliche Forschung im Bereich der Entwicklung und Zusammenarbeit. Im Zentrum steht Forschung und Innovation, die zur Beseitigung von Armut in Afrika, Asien und Lateinamerika und zur Transformation hin zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Im Unterschied zu den Forschungsinvestitionen anderer Bundesämter wird wissenschaftliche Forschung, die von der DEZA unterstützt wird, nicht über einen Forschungskredit, sondern mit Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (APD¹) im Rahmen der entsprechenden IZA-Botschaft finanziert.

Im vorliegenden Forschungskonzept *Entwicklung und Zusammenarbeit* werden die wichtigsten Herausforderungen und Ziele der internationalen Zusammenarbeit sowie die Forschungsschwerpunkte im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit skizziert.

¹ APD steht für *Aide publique au développement*. Da im Deutsch keine analoge Abkürzung existiert wird oft die Abkürzung APD in deutschen Texten verwendet.

2. Überblick Politikbereich

2.1. Zuständigkeiten

Die IZA ist integraler Bestandteil der Aussenpolitik der Schweiz. Die DEZA ist die Agentur für internationale Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Sie ist zuständig für die Gesamtkoordination der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit mit andern Bundesämtern sowie für die humanitäre Hilfe des Bundes.

Die **DEZA** arbeitet in vier operationellen Direktionsbereichen:

- Die *Regionale Zusammenarbeit (RZ)*: Sie trägt zur Bekämpfung der Armut in Ländern und Regionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bei und unterstützt deren Bemühungen, ihre Entwicklungsprobleme zu bewältigen. Mit ihren Aktivitäten will die DEZA den Zugang von benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu Arbeitsplätzen, Einkommen, Bildung und Gesundheitsdienstleistungen verbessern und eine nachhaltige Entwicklung fördern.
- Die *Globale Zusammenarbeit (GZ)*: Mit ihrer Arbeit auf multilateraler Ebene – mit Organisationen wie zum Beispiel der UNO und der Weltbank – trägt die Schweiz zur Lösung der immer komplexer werdenden Entwicklungsfragen bei. Mit den Globalprogrammen in den Bereichen Klimawandel, Ernährungssicherheit, Migration und Wasser verbindet die DEZA die Armutsreduktion mit der Lösung globaler Aufgaben.
- Die *Ostzusammenarbeit (OZA)*: Die Schweizer Ostzusammenarbeit unterstützt den Westbalkan und Zentralasien auf ihrem Weg zu sozialer Marktwirtschaft und Demokratie.
- Die *Humanitäre Hilfe (HH)*: Leben retten und Leiden lindern, so lautet ihr Auftrag. Die Humanitäre Hilfe des Bundes orientiert sich am humanitären Völkerrecht und an den international anerkannten

Prinzipien der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Im Zentrum stehen die Opfer von Krisen, Katastrophen und Konflikten.

Zum Politikbereich Entwicklung und Zusammenarbeit gehört auch der Leistungsbereich *Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* des Staatssekretariats für Wirtschaft (**SECO**). Das SECO fördert die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ausgewählten fortgeschrittenen Entwicklungsländern, mit Ländern in Osteuropa und Zentralasien. Das SECO konzentriert sich mit seinen Projekten zur Förderung eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums auf die Schaffung marktwirtschaftlicher Grundlagen und die Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft. Das SECO kann im Rahmen seiner Zuständigkeitsbereiche Forschungsaufträge erteilen.

2.2. Abgrenzung

2.2.1. Forschung im Rahmen des EU-Erweiterungsbeitrags

Mit dem Erweiterungsbeitrag investiert die Schweiz in Stabilität und Wohlstand der erweiterten Europäischen Union (EU) und trägt zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit bei. Die DEZA ist im Rahmen des EU-Erweiterungsbeitrages u.a. für den Themenbereich Forschung zuständig.

Um die neuen EU-Mitgliedstaaten in ihren Anstrengungen für einen EU-konformen Forschungsplatz zu unterstützen und die Forschungszusammenarbeit mit diesen Ländern zu fördern, beteiligt sich die Schweiz seit 2008 an gemeinsamen Forschungsprojekten in Bulgarien, Litauen, Polen, Rumänien und Ungarn. Im Rahmen dieser Aktivitäten werden Forschung und Innovation gefördert sowie wissenschaftliche Netzwerke gestärkt. Die Forschungsthemen reichen von Umwelt, Gesundheit, Nanotechnologie, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologie bis hin zu allgemeinen Naturwissenschaften. Daneben ermöglichte das Stipendienprogramm Sciex (*Scienti-*

fic Exchange Programme between the New Member States and Switzerland) über 500 jungen Forschenden aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz zu absolvieren und ihre Forschungskompetenzen weiterzuentwickeln.

Forschung im Rahmen des EU-Erweiterungsbeitrags wird nicht der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit angerechnet. Diese Forschungsaktivitäten werden deshalb im Forschungskonzept für den Politikbereich Entwicklung und Zusammenarbeit nicht weiter thematisiert.

Detaillierte Informationen zum Schweizer Erweiterungsbeitrag sind auf der Webseite www.erweiterungsbeitrag.admin.ch abrufbar.

2.2.2. Forschung im Rahmen des BFI-Bereiches

Das **Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation** (SBFI) ist die Fachbehörde des Bundes für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI). Die internationale Strategie im BFI-Bereich, die vom Bundesrat am 30. Juni 2010 genehmigt wurde, basiert auf der Absicht, die Entwicklung eines international wettbewerbsfähigen schweizerischen Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystems weiterzuführen und durch die Definition von Prioritäten und klaren Zielen nachhaltig zu stärken. Die internationale Strategie im BFI-Bereich deckt jene Aktivitäten ab, die im Rahmen der BFI-Botschaften finanziert werden. Für Forschung, die im Rahmen der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit unterstützt wird, sind die strategischen Ziele der Schweizer IZA massgebend.

Die Forschung (sowohl jene, die über die BFI-Rahmenkredite wie jene, die über die IZA-Rahmenkredite finanziert wird) kann einen Beitrag zur Lösung globaler Probleme leisten, die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung unterstützen und zum länderübergreifenden Austausch und zur internationalen Verständigung beitragen.

Im Unterschied zur internationalen wissenschaftlichen Forschungszusammenarbeit und der Förderung bilateraler Forschungspartnerschaften im Rahmen der BFI-Botschaft, steht bei der Forschung, die über die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt wird, immer auch die Armutsreduktion im Sinne des Mandats der DEZA im Zentrum.

2.2.3. Sicherheits- und friedenspolitischen Forschungsschwerpunkte

Die **Politische Direktion des EDA** befasst sich unter anderem mit sicherheitspolitischen Fragen, der Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte. Die sicherheits- und friedenspolitischen Forschungsschwerpunkte werden in den Forschungskonzepten Sicherheits- und Friedenspolitik unter der Federführung des Bundesamts für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS in Zusammenarbeit mit den Abteilungen Menschliche Sicherheit und Sicherheitspolitik der Politischen Direktion abgebildet.

Informationen zum Themenbereich sind auf der Webseite der Ressortforschung² abrufbar.

2.3. Die strategischen Ziele der internationalen Zusammenarbeit

In den vergangenen Jahrzehnten wurden in der Armutsreduktion beträchtliche Fortschritte erzielt. Die Armut hat global gesehen abgenommen. Gemäss Berechnungen der Weltbank wird die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, 2015 auf unter zehn Prozent der Weltbevölkerung fallen. Immer noch müssen jedoch über 2 Milliarden Menschen mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag auskommen. Klimawandel und Umweltveränderungen, Wirtschaftskrisen, geopolitische Machtverschiebungen und bewaffnete Konflikte, um nur einige Herausforderungen zu erwähnen, beeinträchtigen zunehmend die Entwicklungschancen und –perspektiven armer Länder und Bevölkerungsgruppen.

Eine Antwort der internationalen Gemeinschaft auf die weltweite Armut und die wirtschaftlichen, geopolitischen, gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen ist die im September 2015 unter der Schirmherrschaft der UNO verabschiedete Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit 17 Zielen (s. Box 1). Die Agenda 2030 ist universell gültig und nimmt dadurch alle Länder in die Verantwortung, zu ihrer Umsetzung beizutragen.

Die IZA der Schweiz orientiert sich künftig an den globalen Entwicklungszielen und wird im Zeitraum 2017-2020 ihren Beitrag zur Umsetzung der neuen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung leisten.

² http://www.ressortforschung.admin.ch/html/themen/frieden_de.html

Ausgehend von der Vision einer Welt, die sich ohne Armut und in Frieden nachhaltig entwickelt, verfolgt die IZA folgende sieben strategische Ziele:

- Beitrag zur Entwicklung eines internationalen Rahmens, der die Bewältigung der globalen Herausforderungen ermöglicht;
- Prävention und Bewältigung von Krisen, Katastrophen und Fragilität sowie Förderung der Konflikttransformation;
- Gewährleistung des Zugangs zu Ressourcen und Dienstleistungen für alle;
- Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums;
- Stärkung des Rechtsstaats und der demokratischen Mitsprache, Unterstützung von Institutionen, die der Gesellschaft und der Wirtschaft dienen;
- Achtung und Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten;
- Stärkung der Geschlechtergleichstellung und der Rechte von Frauen und Mädchen.

BOX 1: Eine universelle Agenda für nachhaltige Entwicklung – 17 Ziele

Am UNO-Gipfeltreffen im September 2015 haben die Staats- und Regierungschefs die neue Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Sie umfasst 17 globale Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDG*), die bis 2030 erfüllt werden sollen. Die 17 Ziele und 169 Unterziele vereinen soziale, wirtschaftliche und ökologische Anliegen in einem Rahmenwerk, welches die Wechselwirkungen dieser drei Bereiche berücksichtigt. Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der Umwelt sind für ein Leben in Würde für alle ebenso wichtig wie eine menschen- und umweltfreundliche Wirtschaft. Die Agenda anerkennt zudem die fundamentale Bedeutung von Frieden und Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung.



Quelle: <https://sustainabledevelopment.un.org>

Die Agenda 2030 versteht sich als globaler Referenzrahmen für nationale und internationale Bemühungen im Bereich nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Im Gegensatz zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDG), dank denen es gelungen ist, die extreme Armut bis 2015 weltweit zu halbieren, ist die 2030 Agenda universell gültig. Alle Länder sind aufgefordert, die globalen Ziele in nationale Strategien zu integrieren und gemäss ihren Kapazitäten zur Umsetzung beizutragen.

Die thematischen und geografischen Prioritäten der DEZA werden in erster Linie aufgrund ihrer Relevanz für die Umsetzung der strategischen Ziele der IZA definiert. Die Beseitigung der Armut, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen sowie die Stärkung der institutionellen Rahmenbedingungen stehen dabei im Vordergrund. Ein besonderes Augenmerk gilt den ärmsten Bevölkerungsschichten in Afrika, Asien und Lateinamerika.

2.4. Gesetzliche Grundlagen und Mandat

Gemäss Artikel 54 der Bundesverfassung trägt der Bund «zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» bei. Darauf stützen sich das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976³ und die entsprechende Verordnung vom 12. Dezember 1977. Die Förderung der wissenschaftlichen Forschung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist im Artikel 29 explizit festgeschrieben⁴.

Die Transitionszusammenarbeit stützt sich auf das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vom 24. März 2006⁵. Dieses Gesetz hat seine Gültigkeit bis Ende Mai 2017. Der Bundesrat schlägt eine Verlängerung dieses Gesetzes bis 2024 vor. Der Antrag wird in der entsprechenden Botschaft dem Parlament unterbreitet.

Die Botschaft über die internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2017-2020 liefert eine umfassende Strategie, welche die Grundlagen und Orientierung der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz darlegt und alle Instrumente der IZA mit entsprechenden Rahmenkrediten abdeckt. Wissenschaftliche Forschung im Bereich der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit orientiert sich an den strategischen Zielen und thematischen Prioritäten der DEZA.

2.5. Forschungspolitik der DEZA

2.5.1. Bedeutung von Forschung

Die Rahmenbedingungen in der internationalen Zusammenarbeit haben sich grundlegend verändert. Mit den geopolitischen und wirtschaftlichen Verschiebungen und den vielschichtigen Krisen und Risiken wird die traditionelle Nord-Süd- und Ost-West-Zusammenarbeit zunehmend von einer internationalen Zusammenarbeit in globalen Fragen abgelöst.

Globale Probleme, welche insbesondere die Entwicklungschancen und –perspektiven armer Länder beeinträchtigen, können nur durch gemeinsame Verantwortung und Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft gelöst werden. Für den Umgang mit globalen Risiken und den Übergang hin zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung ist gemeinsames grenz-, sektor- und kulturübergreifendes Handeln unabdingbar.

Im Hinblick auf die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wird die Forschungszusammenarbeit weiter an Bedeutung gewinnen. Soziale und politische Innovationen sind ebenso notwendig wie technologische Fortschritte.

Die Schweiz stützt ihre entwicklungspolitischen Entscheide sowie die Umsetzung von Programmen in Schwerpunktländern und -regionen auf wissenschaftliche Grundlagen und Konzepte ab. Forschungsergebnisse fliessen in die Programmarbeit und den thematischen Politikdialog ein und tragen zur Lösung von Entwicklungs-, Transitions- und globalen Problemen bei.

Durch die langjährige Zusammenarbeit mit Forschungsinstitutionen in der Schweiz, Afrika, Asien, Lateinamerika, Osteuropa und Zentralasien sowie Investitionen in globale Forschungspartnerschaften und Forschungsprogramme hat die Schweizer IZA Zugang zu internationalen Netzwerken und wissenschaftlichem Wissen, Forschungskompetenz, Innovation und Know how in entwicklungsrelevanten Themenbereichen. Die Einbindung der Forschung in die IZA versteht sich auch als Beitrag zur Sicherung des Forschungsstandortes Schweiz.

2.5.2. Hauptziel der Forschung

Für die DEZA sind Forschung und Innovation nicht ein Ziel an sich, sondern ein Mittel zur Förderung einer globalen nachhaltigen Entwicklung ohne Armut.

Die DEZA unterstützt partnerschaftlich orientierte Forschungsprogramme und internationale Forschungsnetzwerke und fördert die Produktion und Verbreitung von Wissen in entwicklungsrelevanten Themenfeldern.

³ Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976

⁴ Verordnung über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 12. Dezember 1977

⁵ Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vom 24. März 2006

BOX 2: Definition von wissenschaftlicher Forschung

In Anlehnung an das Frascati Manual der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)⁶ und in Konsultation mit Forschungsvertretern der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE) wurde eine Arbeitsdefinition für Forschung formuliert.

Die *Definition* für wissenschaftliche Forschung lautet:

- Forschung ist eng mit der Erzeugung, Interpretation oder Anwendung von Wissen verbunden. Es handelt sich hierbei um kreative, innovative Untersuchungen, welche sich einer wissenschaftlichen Methode im Bereich der Sozial- und Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Biowissenschaften, Natur- und Umweltwissenschaften, Erdwissenschaft, Ingenieurwissenschaften, Medizin und Pharmazie, Mathematik oder Geisteswissenschaften bedienen.
- Forschung basiert auf Forschungsfragen, wobei als allgemeine Grundlage Hypothesen generiert werden. Es kann sich um Grundlagenforschung oder anwendungsorientierte Forschung handeln.

Nicht als wissenschaftliche Forschung werden Beratung, Unterricht, Implementierung von Entwicklungsprojekten durch Universitäten und Hochschulen erfasst.

⁶ OECD (2015), *Frascati Manual 2015: Guidelines for Collecting and Reporting Data on Research and Experimental Development*, The Measurement of Scientific, Technological and Innovation Activities, OECD Publishing, Paris.

Gestützt auf die langjährige Erfahrung mit internationaler, interdisziplinärer und interkultureller Forschungsförderung sowie auf die Ergebnisse einer unabhängigen Evaluation der forschungsbezogenen Aktivitäten hat die DEZA 2010 ihre Forschungspolitik neu ausgerichtet. Die Produktion von neuen Erkenntnissen und innovativen Lösungsansätzen sowie die Nutzbarmachung des wissenschaftlichen Wissens für die Reduktion von Armut und globalen Risiken wurden explizit als Hauptziel der APD-finanzierten Forschung definiert. Ferner wurde die Forschung fokussiert und in der Periode 2013-16 stärker auf die Lösung globaler Probleme sowie die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter in Entwicklungsländern ausgerichtet. Dabei dient die globale nachhaltige Entwicklung als normativer und konzeptueller Referenzrahmen.

Die DEZA wird ihr Entwicklungsengagement in den nächsten vier Jahren im Bereich der Grund- und Berufsbildung wesentlich verstärken. Die Tertiärausbildung und der Aufbau eigentlicher Forschungskapazitäten in Afrika, Asien und Lateinamerika stehen in der bilateralen Zusammenarbeit der Schweiz nicht im Zentrum. Es wird jedoch darauf hingewirkt, dass APD-unterstützte Forschungsaktivitäten so ausgestaltet werden, dass diese zur Stärkung von Forschungskompetenzen und -netzwerken in entwicklungsrelevanten Themenfeldern beitragen und sich positiv auf das institutionelle Forschungsumfeld in der Schweiz und den Partnerländern auswirken.

Die Förderung von Wissenschaftssystemen wird im Rahmen multilateraler Organisationen und Geberkoordinationsforen vorangetrieben. Ein wichtiger

Beitrag wird namentlich in der internationalen Landwirtschaftsforschung geleistet.

2.5.3. Grundsätze für Forschungsinvestitionen

Für Forschung, die mit öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit finanziert wird, sind folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

- Forschung muss sich an den langfristigen strategischen **Zielen und thematischen Prioritäten** der DEZA orientieren.
- Gefördert wird wissenschaftliche Forschung, die **lösungs- und anwendungsorientiert** ist. Viele Entwicklungs- und Zukunftsfragen erweisen sich als komplex und setzen eine internationale und interdisziplinäre Forschungszusammenarbeit und einen gezielten Austausch mit Politik und Praxis voraus.
- Förderungswürdig ist Forschung, die sich sowohl durch **wissenschaftliche Qualität** als auch durch **Entwicklungsrelevanz** auszeichnet.
- Die **Forschungsfreiheit** in Bezug auf Forschungsfragen und Methodenwahl wird respektiert.
- Die **Kommunikation, Verbreitung und Anwendung** der Forschungsergebnisse haben einen hohen Stellenwert. Die Auseinandersetzung mit potentiellen Auswirkungen der erwarteten Ergebnisse für die Lösung entwicklungsrelevanter

vanter Probleme, dem potentiellen Nutzen für arme Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern sowie den Anwendungsmöglichkeiten der Resultate in Politik und Praxis ist integraler Teil jeder Forschungsaktivität. Rund 10-15% des Budgets eines Forschungsprojektes ist für Kommunikation und Anwendung bzw. Umsetzung einzusetzen.

- Bei der Vergabe von Fördermitteln gilt das **Wettbewerbsprinzip**.
- Forschungszusammenarbeit ist **partnerschaftlich** ausgerichtet. Die elf Prinzipien der Schweizerischen Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern KFPE dienen dabei als Referenzrahmen⁷.
- Erzeugnisse der Forschung, die mit Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden, unterliegen dem **«Open Access»**-Prinzip.
- Die DEZA stellt eine **inhaltliche Begleitung** der von ihr unterstützten Forschung sicher.
- Wo angebracht und sinnvoll arbeitet die DEZA mit anderen Gebern zusammen und **koordiniert** ihre Forschungsunterstützung auf nationaler und internationaler Ebene.

2.6. Rückblick auf die Periode 2013–2016

Abschluss wichtiger Nord-Süd-Forschungsprogramme

Verschiedene langjährige Nord-Süd Forschungsprogramme wurden erfolgreich abgeschlossen: So auch der Nationale Forschungsschwerpunkt Nord-Süd besser bekannt als NCCR Nord-Süd. Der NCCR Nord-Süd wurde über 12 Jahre von der DEZA mit 42.5 Millionen Franken unterstützt. Im NCCR Nord-Süd beteiligten sich sechs Schweizer Forschungsinstitute und rund 140 Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Zwischen 2001 und 2013 arbeiteten weltweit rund 1250 Forscherinnen und Forscher in Themenbereichen wie Armut, Konflikt, Migration, Gesundheit, Abwasser, natürliche Ressourcen, regionale Entwicklung und Regierungsführung. Mehr als 2300 Publikationen darunter über 65 *Policy Briefs* wurden verfasst. Alle Publikationen sind kostenlos auf der Webseite des NCCR Nord-Süd⁸ verfügbar.

Ein anderes Beispiel ist das *Research Fellow Partnership Programme for Agriculture, Forestry and*

Natural Resources (RFPP) unter der Leitung der ETH Zürich. Die DEZA hat das Programm während seiner 20jährigen (1996-2015) Laufzeit mit insgesamt 12.5 Millionen Franken unterstützt. Im Rahmen des RFPP wurde 57 Stipendien genehmigt. Die Projektblätter auf der ETH-Website informieren über die Forschungsergebnisse⁹.

Umsetzung der Forschungspolitik – Fokussierung auf globale Fragen

In Einklang mit den langfristigen strategischen Zielen der Schweizer IZA und gestützt auf eine unabhängige Gesamtevaluation des Forschungsportfolios hat die DEZA ihre Forschungspolitik 2010 neu definiert. Im Rahmen der IZA 2013-16 wurden entsprechende Reformen umgesetzt.

Als Antwort auf die weltweiten Risiken, Krisen, Unsicherheiten und Ungleichheiten wurde die Forschung stärker auf die Lösung entwicklungsrelevanter globaler Probleme in armen Weltregionen und Ländern ausgerichtet. So hat die DEZA 2012 zusammen mit dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) das 10-jährige Forschungsprogramm *«Swiss Programme for Research on Global Issues for Development»*, bekannt als r4d-Programm (www.r4d.ch), lanciert.

Die APD-Mittel, die in der Vergangenheit in die thematisch und geographisch offene «Nord-Süd-Forschung» flossen, wurden gebündelt und werden neu in das r4d Programm (2012-22) investiert. Das übergeordnete Ziel des r4d Programms ist es, durch exzellente und entwicklungsrelevante Forschung wissenschaftliche Evidenz und neue, innovative Konzepte, Produkte, Methoden und Lösungen zu entwickeln und diese für eine globale nachhaltige Entwicklung zur Reduktion von Armut und globalen Risiken und zur Erhaltung globaler öffentlicher Güter in armen Ländern und für arme Bevölkerungsgruppen nutzbar zu machen. Zur Erreichung dieses Ziels wird Forschung gefördert, die problem- und lösungsorientiert ist und eine interdisziplinäre Ausrichtung hat. Der Austausch mit Schlüsselakteuren und zukünftigen NutzerInnen sowie die Umsetzung von Forschungsergebnissen sind integraler Bestandteil der Forschungsaktivitäten.

Das r4d Programm deckt ein breites thematisches Spektrum ab. Im Zentrum stehen fünf Themen: Ursachen und Lösungsmechanismen für gesellschaftliche Konflikte unter schwachen staatlichen Institutionen; Beschäftigung im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung; Innovation in Landwirtschaft und Ernährungssystemen für Ernährungssicherheit; nachhaltige Bewirtschaftung von Ökosystemen sowie Vorsorgesysteme und Finanzierungsmechanismen im öffentlichen Gesundheitssektor. Seit 2012 wurden fünf Themen für 6-jährige Forschungsvorhaben

⁷ http://www.naturalsciences.ch/organisations/kfpe/11_principles_7_questions

⁸ <http://www.nccr-north-south.ch/>

⁹ http://www.rfpp.ethz.ch/box_feeder/RFPP_FACTSHEETS.pdf

ausgeschrieben, ergänzt durch zwei Ausschreibungen für 3-jährige Forschungsprojekte, eine weitere wird 2016 folgen. Die Evaluation und Begleitung der Forschungsprojekte wird durch sechs international zusammengesetzte Expertengremien wahrgenommen.

Das Programm ermöglicht Forschenden aus der Schweiz, Afrika, Asien und Lateinamerika in globalen Netzwerken an diesen entwicklungsrelevanten Themen gemeinsam zu forschen. Bisher wurden 28 Forschungsprojekte mit Partnern aus insgesamt 37 Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika bewilligt. Der grösste Teil der Forschungsaktivitäten wird in und mit afrikanischen Entwicklungsländern realisiert. Die Forschungsprojekte sind so angelegt, dass deren Resultate in den politischen und gesellschaftlichen Dialog zu globalen Themen einfließen werden.

Internationale Landwirtschaftsforschung – ein multilaterales Engagement

Im Rahmen ihres multilateralen Engagements unterstützt die DEZA die globale Agrarforschungspartnerschaft CGIAR. Aufgrund der grossen CGIAR Reform im Jahr 2008 sind 2011 und 2012 sechzehn weltweite CGIAR Forschungsprogramme (CRPs) im Bereich Armutsbekämpfung, Erhöhung der Ernährungssicherheit und ausgeglichener Ernährung und nachhaltiges Ressourcenmanagement entstanden. Die CRPs bündeln die Forschungsarbeit verschiedener CGIAR Forschungszentren und Partnerinstitutionen international, regional und national in spezifischen Themenbereichen. Während sich die CRPs als Arbeits- und Finanzierungsmodell für die Organisation der internationalen Forschung bewährt haben, wurde 2015 ein neuer strategischer Rahmen 2016-2030 (*Strategy and Results Framework*) gesetzt. Dieser orientiert sich an den globalen Herausforderungen und erlaubt es: a) ein kohärentes CGIAR Forschungsportfolio zusammenzustellen, b) den Beitrag des CGIAR zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) mit Partnern zu planen und gemeinsam konkrete Ziele zu stecken, und nicht zuletzt c) den Beitrag der CGIAR Forschung zu messen. Auf das *Strategy and Results Framework* aufbauend werden 2015-2016 die zweite Generation von CRPs entwickelt und dem CGIAR Fund, in dem die auch Schweiz Mitglied ist, zur Finanzierung unterbreitet.

Forschungsförderung im Rahmen der Ostzusammenarbeit

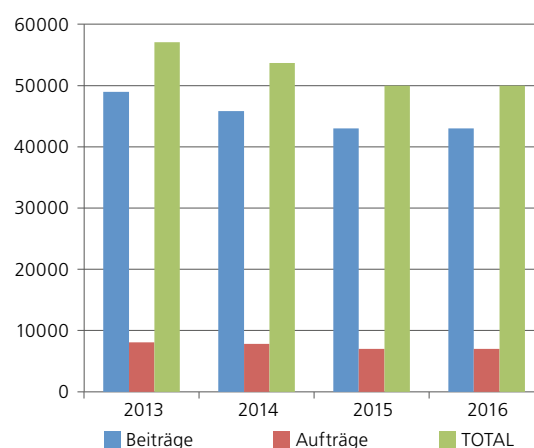
Die Forschungsprogramme in Osteuropa orientieren sich an den Herausforderungen der Transitionsländer des Westbalkans. Unterstützt durch die DEZA und umgesetzt durch den SNF, hat sich die Schweiz im Rahmen von SCOPES (*Scientific co-operation between Eastern Europe and Switzerland*) für gemeinsame Forschungsprojekte zwischen schweizeri-

schen und osteuropäischen Universitäten engagiert. An der Jubiläumsveranstaltung im 2015 wurden 25 Jahre Erfahrung in der Forschungszusammenarbeit mit Osteuropa ausgetauscht. Das zweite Programm, das *Regional Research Promotion Programme* (RRPP), ist auf die DEZA-Schwerpunktländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien ausgerichtet. Im Fokus des RRPP steht die Verbesserung von Forschungskapazitäten und Vernetzung von SozialwissenschaftlerInnen innerhalb der Region. Es wurde vom Interfakultären Institut für Ost- und Ostmitteleuropa (IICEE) der Universität Freiburg betreut. Beide Programme, das SCOPES und das RRPP, enden 2016. Der Fokus in der Ostzusammenarbeit wird verstärkt auf systemische Aspekte gelegt. Die DEZA hat deshalb im Rahmen der Ostzusammenarbeit einen neuen, umfassenderen Ansatz für die Unterstützung von Sozialforschung im Westbalkan entwickelt, der auch die gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Sozialforschung berücksichtigen soll. Das daraus entstandene Programm *Performing and Responsive Social Sciences* (PERFORM) wird seit Anfang 2015 in Albanien und Serbien durch ein Konsortium umgesetzt.

2.7. Finanzierung (2013–2016)

Forschungsinvestitionen¹⁰ nach Aufträgen und Beiträgen (in tausend Franken)

Im Unterschied zu Forschungsinvestitionen anderer Bundesämter wird wissenschaftliche Forschung der DEZA nicht über einen Forschungskredit finanziert und gesteuert.



Gestützt auf spezialrechtliche Bestimmungen (s. Kapitel 2.4) werden Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit entsprechend den jeweiligen IZA-Rahmenkrediten zur Unterstützung der strategischen Ziele der IZA eingesetzt.

¹⁰ Die effektiven Ausgaben für 2015 und 2016 sind noch nicht bekannt; es handelt sich um eine Richtgrösse.

Bei der Ermittlung der jährlichen Forschungsinvestitionen sind die effektiven Auszahlungen massgebend. Die jährlichen Schwankungen der Beträge beruhen im Wesentlichen auf dem Auszahlungsmodus innerhalb von Projektzyklen; diese können insbesondere bei längerfristig angelegten Programmen und Projekten relativ stark variieren.

Der weitaus grösste Betrag (jährlich 15.5 Millionen Franken) wird in die internationale Landwirtschaftsforschung im Rahmen des multilateralen Engagements investiert.

Im Informationssystem ARAMIS werden die Forschungsprogramme und -projekte sowie jene Entwicklungsprojekte, die eine forschungsrelevante Komponente ausweisen, aufgeführt. Detaillierte Informationen finden sich ferner in der Projektdatenbank der DEZA¹¹, die alle Entwicklungsprogramme und -projekte inklusive Forschungsprogramme erfasst und so Einblicke in die konkrete Tätigkeit der DEZA gewährt.

BOX 3: ARAMIS Datenbank

Das Informationssystem ARAMIS beinhaltet Informationen zu Forschungsprojekten der Schweizerischen Bundesverwaltung. Es vermittelt interessierten Kreisen Informationen über die vom Bund finanzierten oder durchgeführten Forschungsarbeiten.

ARAMIS verfügt über eine Suchmaschine, mit der nach allen öffentlichen Projekten gesucht werden kann, die sich in der ARAMIS-Datenbank befinden.

Die Forschungsprogramme, die von der DEZA unterstützt werden, sind auf der ARAMIS Datenbank abrufbar.

<http://www.aramis.admin.ch>

2.8. Herausforderungen und Chancen für die IZA

In diesem Kapitel werden die Herausforderungen und Chancen für die internationale Zusammenarbeit kurz skizziert, an welchen sich auch die Forschung, die mit öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit finanziert wird, orientiert.

Verstärkte Interdependenz – Chancen und Risiken

Die Globalisierung von Wissen, Produktion, Handel, Finanzflüssen, Dienstleistungen, Information und Kultur bietet viele Chancen, birgt aber auch Risiken und stellt die IZA vor neue Herausforderungen.

Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien, Südafrika, Südkorea und Indonesien gewinnen an wirtschaftlicher Stärke und beeinflussen zunehmend die Gestaltung der internationalen Wirtschafts-, Finanz-, Energie-, Klima-, Umwelt-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Mit ihrem überdurchschnittlich hohen und raschen Wachstum beeinflussen Schwellenländer zudem den Entwicklungsprozess armer Länder: Sie erhöhen die Nachfrage nach Rohstoffen und Nahrungsmitteln, konkurrieren mit der lokalen Konsumgüterproduktion in Entwicklungsländern und wirken als Modelle für erfolgreiche Entwicklungsstrategien. Die Herausforderung der internationalen Gemeinschaft liegt darin, Schwellenländer vermehrt in die Verantwortung zu nehmen und bei der Bewältigung globaler Aufgaben einzubeziehen.

Steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Energie und Bodenschätzen – knapper werdende Ressourcen

Die weltweit zunehmende Nachfrage nach Energie und Nahrungsmitteln und nicht nachhaltiges Konsumverhalten verstärkt den Druck auf die begrenzten natürlichen Ressourcen weiter, und zwar mit gravierenden Konsequenzen: Klimawandel, Verlust an Biodiversität, Landverknappung, Bodendegradation, Verschmutzung von Süsswasser sowie Übernutzung der Meere.

Mittels Kauf- oder Pachtverträgen sichern sich Staaten mit hohem Ressourcenverbrauch, global tätige Unternehmen sowie private Investoren aus Industrie- und Schwellenländern grosse Agrarflächen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Oft kommt es dabei zu einer unrechtmässigen Enteignung von Kleinbauern, die das jeweilige Land bewirtschaften («*land grabbing*»).

Auch der Einfluss globaler Konzerne auf arme Länder wächst. Viele Entwicklungsländer sind gleichzeitig Lieferanten von Rohstoffen und interessante Absatzmärkte für Konsumgüter. Wo wirksam besteuert und national und global reguliert, können Rohstoffexporte zu einem Wirtschaftswachstum führen, welches über die städtischen Zentren hinausgeht und Armut reduziert.

¹¹ https://www.eda.admin.ch/deza/de/home/aktivitaeten_projekte/projekte.html

Die fortschreitende Klimaerwärmung trifft arme Entwicklungsländer besonders stark und verschärft Konfliktkonstellationen: Dürren und Wasserprobleme gefährden die Nahrungsmittelproduktion. Der Zugang zu Trinkwasser wird für viele hundert Millionen Menschen immer prekärer. Extremwetterereignisse, stärkere Wirbelstürme und der Meeresspiegelanstieg bedrohen Küstenregionen und Millionenstädte.

Zusammen mit der fortschreitenden Umweltverschmutzung gefährdet der Klimawandel die nachhaltige Entwicklung, insbesondere in armen Ländern. Klimawandel ist grösstenteils durch anthropogene Einflüsse wie Treibhausgasausstoss verursacht. Somit muss sich die Welt zweierlei Herausforderungen stellen: 1. die Ursachen des Klimawandels angehen und 2. die mutmasslichen Auswirkungen des Klimawandels verstehen und entsprechende Strategien sowie Massnahmen für die Anpassungen an diese Folgen umsetzen.

Geschädigte globale öffentliche Güter gefährden Entwicklung

Je nach Definition werden u.a. Gesundheit, intakte Umwelt, Klimastabilität, Frieden, Biodiversität, Wasser, Ernährungssicherheit sowie Markt- und Finanzstabilität als globale öffentliche Güter bezeichnet.

Solange weltweit keine preislich konkurrenzfähigen Alternativen angeboten werden, wird weiterhin fossile Energie (Kohle, Öl) gefördert und genutzt und der Schadstoffausstoss entsprechend weiter erhöht. Es droht als grösstes Risiko die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Beschleunigung des Klimawandels sowie direkte Gefährdung der Gesundheit durch schlechte Luftqualität.

In den kommenden Jahren wird der grösste Zuwachs an Treibhausgasemissionen in den Entwicklungs- und Schwellenländern stattfinden. Dies insbesondere aufgrund des steigenden Energiebedarfs und der raschen Urbanisierungsraten: etwa zwei Drittel der Treibhausgase entstammen der Energieproduktion. Gleichzeitig betrifft etwa 80 Prozent des globalen Energiebedarfs die städtischen Gebiete.

Entwicklung muss somit immer umweltverträglich gestaltet sein. Wer sich mit Armut befasst, muss sich deshalb mit der Umwelt und der Erhaltung der globalen öffentlichen Güter aus einer Entwicklungsperspektive auseinandersetzen. Der Zugang zu Energie, Energieeffizienz sowie saubere Energieproduktion sind prioritär anzugehen. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung stellt einen universell gültigen Zielrahmen dar.

In den letzten Jahren häuft sich staatliche Fragilität in armen Ländern. Sie ist dadurch charakterisiert, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung den Staat nicht als legitim erachtet, der Staat Sicherheit und die Durchsetzung des Rechts nicht gewährleisten kann und zudem nicht willens oder nicht in der Lage ist, die Bevölkerung mit Grunddienstleistungen zu versorgen. Fragile Staatlichkeit und schlechte Regierungsführung bedrohen den Schutz und die Durchsetzung von Grundrechten zur Sicherung lebensnotwendiger Grundlagen. Konflikte sowie nicht funktionierende staatliche Einrichtungen prägen Not und Armut.

Die IZA trägt zur Reduktion der Fragilität bei, indem sie die Ursachen und Faktoren von Konflikten angeht, langfristige politische und soziale Reformagenden unterstützt und die Achtung der Menschenrechte fördert.

2030 Agenda für globale Nachhaltige Entwicklung

Die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (s. Box 1) bilden den neuen Rahmen für den Umgang mit aktuellen und zukünftigen Herausforderungen, mit denen die Länder konfrontiert sind. Sie lösen die Millenniumsentwicklungsziele ab. Die neuen Ziele gelten für alle Länder und beinhalten länderspezifische Massnahmen.

Die globalen Nachhaltigkeitsziele berücksichtigen alle drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung: die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung sowie die ökologische Nachhaltigkeit. Eine nachhaltige Entwicklung bedingt zudem Frieden, Sicherheit und die Respektierung der Menschenrechte.

Um sicherzustellen, dass die internationale Gemeinschaft bei der Erreichung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung auf Kurs ist und dass die Ziele in die Praxis umgesetzt werden, ist ein Monitoring- und Überprüfungsmechanismus erforderlich.

3. Thematische Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit und Forschungsschwerpunkte

3.1. Thematische Prioritäten

Die internationale Zusammenarbeit legt den Schwerpunkt ihrer IZA-Aktivitäten auf Themen, die zur Erreichung der strategischen Ziele am relevantesten sind. Die DEZA ist in folgenden Themenbereichen aktiv:

- Achtung der Menschenrechte
- Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung
- Dauerhafter Friede, Bewältigung fragiler Kontexte und Konflikttransformation
- Ernährungssicherheit
- Gesundheit
- Gouvernanz, Institutionen, Dezentralisierung
- Klimawandel, Energie und Umwelt
- Migration
- Grund- und Berufsbildung
- Schutz der Zivilbevölkerung
- Verringerung der Katastrophenrisiken
- Wasser

Globale Themen wie Klimawandel, Ernährungssicherheit, Wasser, Gesundheit und Migration, die durch gemeinsame, grenzüberschreitende Ursachen charakterisiert sind, erfordern sowohl gemeinsames Handeln auf internationaler Ebene als auch Aktionen auf nationaler Ebene. Die Globalprogramme der DEZA konzentrieren sich auf diese Herausforderungen, zu deren Bewältigung die Schweiz mit besonderem Know-how und hoher Glaubwürdigkeit massgeblich beitragen kann. Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen und die Stärkung der institutionellen Rahmenbedingungen sind in allen Themenfeldern ein wichtiges Anliegen. Die Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau sowie gute Regierungsführung sind dabei zentral und werden als Querschnittsthemen behandelt.

3.2 Forschungsschwerpunkte

In der Periode 2013-2016 wurde Forschung, die von der DEZA unterstützt wird, stärker auf globale Herausforderungen ausgerichtet. Die Forschungsförderung konzentriert sich insbesondere auf die globalen Themen **Klimawandel und Umwelt, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, Wasser, Gesundheit** sowie zusätzlich **Beschäftigung und Konfliktprävention**, die ebenfalls als prioritäre Forschungsschwerpunkte definiert wurden.

Gezielte forschungsbezogene Aktivitäten zur direkten Unterstützung der Policy- und Programmarbeit der Zentrale und Kooperationsbüros sind grundsätzlich auch in andern Themenbereichen möglich.

Für die Forschungsförderung sind zwei Programme von zentraler Bedeutung: Das «*Swiss Programme for Research on Global Issues for Development*»

(s. Box 4) und die *globale Agrarforschungspartnerschaft* (CGIAR, s. Box 5).

Nachfolgend werden die Forschungsschwerpunkte Klimawandel und Umwelt, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, Wasser, Gesundheit, Beschäftigung und Konfliktprävention kurz präsentiert.

BOX 4: Swiss Programme for Research on Global Issues for Development – r4d Programm

Das r4d Programm wurde von der DEZA und dem SNF als neues innovatives Fördergefäss entwickelt und 2012 lanciert. Das Forschungsprogramm ist für die gesamte Laufzeit (2012-2022) mit einem Gesamtvolumen von maximal CHF 97.6 Mio. ausgestattet. Der Beitrag der DEZA beläuft sich für diese Periode auf CHF 72 Mio., der SNF beteiligt sich mit CHF 25.6 Mio.

Das r4d-Programm ist eng an die Prioritäten der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung angelehnt. Die nachhaltige Entwicklung stellt explizit den konzeptionellen und normativen Referenzrahmen dar.

Im Zentrum stehen fünf Themen, die von der DEZA eingebracht wurden:

- Ursachen und Lösungsmechanismen für **soziale Konflikte** unter Bedingungen schwacher staatlicher Institutionen
- **Beschäftigung** im Kontext der nachhaltigen Entwicklung
- Ernährungssicherheit: Landwirtschaftliche Produktionssysteme und **Ernährungssicherheit**
- Nachhaltige Nutzung von **Ökosystemen**
- Versorgungssysteme und nachhaltige Finanzierungsmechanismen im öffentlichen **Gesundheitsbereich**

2016 wurde zusätzlich das Thema **Gouvernanz von natürlichen Ressourcen** ausgeschrieben.

Für die operationelle Implementierung des Programms ist der SNF zuständig. Die strategische Begleitung des Gesamtprogramms seitens DEZA wird von der Abteilung Analyse und Politik wahrgenommen. Die inhaltliche Begleitung wird durch die thematisch zuständigen Organisationseinheiten in der Regionalen und Globalen Zusammenarbeit sichergestellt.

In der Periode 2017–2020 werden DEZA und SNF ihre Zusammenarbeit auf die Forschungsvorhaben in den bestehenden thematischen Modulen konzentrieren.

Für 2018 ist eine unabhängige Gesamtevaluation vorgesehen.

Weiterführende Informationen: <http://www.r4d.ch/>



3.2.1. Klimawandelt und Umwelt

Selbst wenn Anstrengungen, die weltweiten Treibhausgasemissionen zu senken erfolgreich wären, ist es nicht mehr möglich, den Einfluss des Klimawandels rückgängig zu machen. Unter den Folgen des Klimawandels, wie beispielsweise Dürren, Überflutung oder der Anhebung des Meeresspiegels, Hitze in den Städten oder dem Verlust der Biodiversität werden insbesondere auch die ärmsten Staaten und Bevölkerungsschichten zu leiden haben. Dies hängt mit ihrer geographischen Lage, den niedrigen Einkommen, der eingeschränkten Leistungsfähigkeit öffentlicher und privater Institutionen, einer schlechten infrastrukturellen Ausstattung sowie einer grösseren Abhängigkeit von klimaempfindlichen Sektoren wie der Landwirtschaft zusammen.

Die durchschnittlichen Emissionen pro Einwohner liegen in den meisten Entwicklungsländern im unteren Bereich. Gemäss dem Trend der laufenden Dekade wird jedoch auch in den kommenden Jahrzehnten der grösste Zuwachs des weltweiten Treibhausgasausstosses in den Entwicklungs- und Schwellenländern generiert, verursacht durch zunehmende wirtschaftliche Produktion¹². Diese Länder nehmen deshalb sowohl in der internationalen Klimapolitik als auch bei der Formulierung und Umsetzung globaler und lokaler Lösungen für die Minderung der

Ursachen (Mitigation) und Anpassung (Adaptation) an den Klimawandel eine Schlüsselrolle ein.

Prioritäre Forschungsachsen

Im Bereich Mitigation stehen wesentliche Fragen zu Luftreinhaltung, Zugang zu Energie, Energieeffizienz, erneuerbare Energien sowie angepasste Technologien zur effizienten Ressourcen-Nutzung im Vordergrund.

Im Bereich Adaptation wird insbesondere auch Wissen zu den Auswirkungen auf Lebensräume und Ökosysteme generiert. Ziel ist es, mit geeigneten Strategien und Massnahmen auf die Folgen des Klimawandels zu reagieren.

Ergänzend unterstützt die DEZA die Programme in den Bereichen Land- und Waldnutzung sowie Berg-Ökosysteme (Gletscher, Naturgefahren, Wassermanagement) in Entwicklungsländern.

Die Nutzung von Ökosystemen ist bestimmt durch politische, wirtschaftliche und soziale Interessen und zunehmend auch von lokalen bis hin zu globalen Dynamiken. Im Rahmen des «*Swiss Programme for Research on Global Issues for Development*» setzt sich das Forschungsmodul «Nachhaltige Nutzung von Ökosystemen»¹³ mit verschiedenen Faktoren auseinander, welche die Nutzung, den Schutz von und

¹² IPCC 5th Assessment Report: Climate Change 2014 (Working Group 1)

¹³ <http://www.r4d.ch/modules/ecosystems>

den Zugang zu Ökosystemen mitbeeinflussen. Die sechsjährigen Forschungsprojekte im Modul «Nachhaltige Nutzung von Ökosystemen» befassen sich mit (i) Alternativen für eine nachhaltigere Palmöl-Produktion, (ii) den ansteigenden Anforderungen durch soziale, politische und wirtschaftliche Globalisierung an die Ressourcen eines Ökosystems und (iii) dem Verständnis von und Umgang mit invasiven Gehölzen in Afrika. Die Forschung findet in verschiedenen Regionen der Welt statt und wird sowohl in den betroffenen Regionen als auch in der Schweiz und international den Dialog zu den relevanten Fragen zur nachhaltigen Nutzung von Ökosystemen im Dienste aller Bevölkerungsgruppen unterstützen.

3.2.2. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

Herausforderungen

Obwohl die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer über genügend fruchtbares Land verfügen, sind viele nicht in der Lage, ihre Bevölkerung ausreichend und gesund zu ernähren. 925 Millionen Menschen sind heute weltweit von Hunger betroffen; ihnen fehlen ausreichende Mengen an Kohlenhydraten, Fetten und Proteinen (Makronährstoffe). Es wird geschätzt, dass eine weitere Milliarde Menschen an «verstecktem Hunger», dem Fehlen von essentiellen Mikronährstoffen wie Vitaminen und Mineralien, leiden, was physische und mentale Störungen zur Folge hat. Die Mehrheit dieser Menschen lebt in ländlichen Gebieten von kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und verändertes Konsumverhalten werden den Bedarf an Nahrungsmitteln in Zukunft stark ansteigen lassen. Um diesen gesteigerten Bedarf zu decken, muss die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwick-

lungsländern in den nächsten vierzig Jahren massiv erhöht und gleichzeitig müssen die Verluste in der Produktionskette stark reduziert werden.

In Anbetracht des anhaltenden Verlustes an landwirtschaftlichen Produktionsflächen, der fortschreitenden Degradierung von Ökosystemen und Biodiversität sowie den unvorhersehbaren Konsequenzen des Klimawandels stellt die Erreichung dieses Ziels eine immense globale Herausforderung dar.

Prioritäre Forschungsachsen

Die DEZA verfolgt in der landwirtschaftlichen Forschung für Entwicklung einen holistischen Ansatz und setzt auf integrierte landwirtschaftliche Innovationssysteme. Dieser Ansatz umfasst Forschungspartnerschaften, an denen alle systemrelevanten Akteure teilnehmen: Forschende, Bauern, Beratungsdienste, Nichtregierungsorganisationen, der Privatsektor und Behörden.

Im Forschungsmodul «Landwirtschaftliche Produktionssysteme und Ernährungssicherheit» des r4d Programms stehen drei Forschungsthemen im Fokus:

- Nachhaltigkeit der Agrar- und Lebensmittelsysteme, natürliche Ressourcen und Resilienz
- Landwirtschaftliche Innovation, Beratung und Umsetzung
- Gouvernanz und Strategien für zukünftige Welternährungssysteme.

Die sechsjährigen Forschungsarbeiten im Rahmen von fünf Partnerschaftsprojekten werden im Jahr 2020 abgeschlossen sein.

BOX 5: Kurzporträt CGIAR

Die DEZA leistet den weitaus grössten finanziellen Forschungsbeitrag (CHF 15.5 Mio. jährlich) an die internationale Landwirtschaftsforschung. Als Teil ihres multilateralen Engagements unterstützt die DEZA die globale Agrarforschungspartnerschaft CGIAR, die mit 10'000 Forschenden in 96 Ländern, einer einzigartigen Forschungsinfrastruktur und einem dynamischen Netzwerk die weltweit bedeutendste öffentliche Forschungspartnerschaft im Bereich Landwirtschaft ist. Die in den Samenbanken aufbewahrten und gepflegten genetischen Ressourcen gehören zu den bedeutendsten weltweit.

Das CGIAR unterstützt die globalen Bemühungen in der Bekämpfung von Armut und Hunger und strebt eine ausgeglichene Ernährung und den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen an. Die 15 internationalen Forschungszentren des CGIAR arbeiten eng mit nationalen und regionalen Partnerorganisationen der Zivilgesellschaft, Forschungs- und Entwicklungsorganisationen sowie dem Privatsektor zusammen. Organisiert in thematischen Forschungsprogrammen und finanziert vom CGIAR Fond, entwickelt und übermittelt das CGIAR Wissen, Technologien und Politiken zur landwirtschaftlichen Entwicklung. Die Schweiz ist CGIAR Gründungsmitglied und rechtfertigt ihre Investition durch die Relevanz der wissenschaftlichen Arbeit des CGIAR, um die weltweiten Herausforderungen in der Ernährungssicherheit, des Klimawandels und des Wassers anzugehen – drei Themen, die auch die Globalprogramme der DEZA in diesen Bereichen stützen.

Weiterführende Informationen: www.cgiar.org



Abgestimmt auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung umschreibt das 2016-2030 *Strategy and Results Framework* den Beitrag des CGIAR zu den Entwicklungszielen (SDG) und definiert die Forschungsschwerpunkte. Die Hauptachsen sind Armutsreduktion, erhöhte und ausgewogenere Ernährungssicherheit und verbesserte Nutzung der natürlichen Ressourcen und Ökosysteme. Aspekte des Klimawandels, Gender und Jugend, Politik und Institutionen sowie die Stärkung der Kapazitäten der nationalen Partner und Zielgruppen werden in jedes Forschungsvorhaben integriert, da diese für die Erreichung der Ziele unabdingbar sind. Das CGIAR konzentriert sich auf acht prioritäre Felder:

- 1) Steigerung der Produktivität, der Stressresilienz, des Nährwerts und der Nutzungseffizienz von Ressourcen über verbesserte *Züchtung von Kulturpflanzen*, Nutztieren, Fischen und Bäumen;
- 2) Optimierung des ökonomischen, sozialen und ökologischen Nutzens unter *Anwendung eines Systemansatzes* in Regionen hoher Bevölkerungsdichte;
- 3) Schaffung von Einkommensmöglichkeiten für Frauen, Jugendliche und marginalisierte Gruppen unter Anwendung eines *Gender- und integrativen Wachstums-Ansatzes*;
- 4) Verbesserung der Märkte, der Lieferung von wichtigen öffentlichen Gütern und Dienstleis-

tungen sowie die Verstärkung der Resilienz armer Bevölkerungsgruppen durch verbesserte *Politiken und gestärkte Institutionen*;

- 5) Verbesserte *natürliche Ressourcen und Ökosystemdienstleistungen* in produktiven Ökosystemen und Gebieten, für die Möglichkeiten existieren, die Umweltdegradierung rückgängig zu machen;
- 6) verbesserte *Ernährung und Gesundheit*, durch die Diversifizierung des Angebots, des Nährwertes und der Lebensmittelsicherheit in Wertschöpfungsketten, die für arme Bevölkerungsschichten zugänglich sind;
- 7) *Klimaschonende Landwirtschaft* mit Fokus auf Adaptations- und Mitigationsmöglichkeiten in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft;
- 8) Sicherstellung der *Pflanzendiversität*.

Die Forschung wird sich vor allem auf Afrika konzentrieren (50% der Investitionen), gefolgt von Asien (30%) und den Armutsregionen Lateinamerikas (20%).

Die ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität der Kleinbauern steht im Mittelpunkt der von DEZA finanzierten Forschung im Bereich Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Forschungsbedarf

besteht dabei unter anderem auf der Ebene von technologischen und sozio-ökonomischen Ansätzen zur nachhaltigen Intensivierung der Produktionssysteme bei gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen (Boden und Wasser) und der Biodiversität. Landwirtschaftliche Produktion steht in vielfältiger Wechselwirkung mit der Umwelt und profitiert von intakten Ökosystemen. Wichtige Forschungsfragen sind hierbei der Erhalt von zentralen Ökosystemdienstleistungen für die Landwirtschaft sowie deren Bewertung aus ökonomischer, sozialer und kultureller Sicht. Entscheidend für die Erhöhung der Produktivität ist auch die Verminderung von Vor- und Nachernteverlusten durch den integrierten Pflanzenschutz und verbesserte Lagerhaltung.

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt umfasst die Diversifizierung und Stärkung der kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Produktion durch Ansätze der Risikominderung und einen gesicherten Zugang zu Land. Die Stärkung der Lebensgrundlagen umfasst den verbesserten Zugang zu vielfältigen und hochwertigen Inputs (Saatgut, Düngemittel, Fachkenntnisse, Kredit, Versicherungsschutz), natürlichen Ressourcen (Boden und Wasser) und Märkten sowie das Schaffen von Einkommensmöglichkeiten jenseits der Landwirtschaft. Dies schliesst insbesondere auch Forschung zu den politischen Strukturen ein, in welche kleinbäuerliche Landwirtschaft eingebunden ist.

3.2.3. Wasser

Herausforderungen

Die UNO hat im Jahr 2010 den Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen zum Menschenrecht erklärt – dieser *«human rights-based approach»* weist den Weg zu universellem Wasserzugang für alle, welches auch das Kernstück des im September 2015 in New York verabschiedeten nachhaltigen Entwicklungsziels zu Wasser ist. Dieses Ziel mit 6 Unterzielen beinhaltet neben dem Zugang zu Trinkwasser und Siedlungshygiene auch Ziele zur Verminderung der Wasserverschmutzung, dem effizienten Gebrauch von Wasser, dem integrierten Wassermanagement sowie dem Nutzen des Wassers für die Ökosysteme.

Der zunehmende Druck auf die knappe Ressource Wasser führt zu Fehl- und Übernutzung, Verteilungskonflikten und sozialen Spannungen und erschwert armen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Wasser. Die zentrale Herausforderung besteht darin, durch eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen die verschiedenen Nutzungsansprüche effektiv auszubalancieren, unter gleichzeitiger Berücksichtigung von sozialer Gerechtigkeit, ökonomischer Effizienz und ökologischer Nachhaltigkeit.

Prioritäre Forschungsachsen

Im Bereich Trinkwasserversorgung und Siedlungshygiene liegt der Forschungsschwerpunkt auf der technischen Ebene, auf innovativen Lösungen für die Trinkwasserbehandlung in Haushalten sowie dem Management von Fäkalien, Klärschlamm und organischem Abfall. Ein besonderer Fokus wird hier auf die Entwicklung von nachhaltigen Geschäftsmodellen für die Wiederverwertung von Abfällen aus der Siedlungswasserwirtschaft und deren Nutzung in der Landwirtschaft gelegt. Neben der technischen Ebene ist Forschung zu Social Marketing und Verhaltensänderung ein fester Bestandteil nachhaltiger Trinkwasser- und Sanitärprogramme. Nur evidenzbasierte Verhaltensänderungsprogramme, welche es erlauben auf die lokale Bevölkerung zugeschnittene Promotionsprogramme zu implementieren, können sicherstellen, dass Hardware-Investitionen auch wirklich von der Zielgruppe genutzt und hygienisch einwandfrei betrieben werden. Werden Versorgungs- und Entsorgungssysteme vernachlässigt, bleibt die Hygienewirkung aus. Zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung und der Siedlungshygiene in ländlichen Gebieten engagiert sich die DEZA, neben der Unterstützung von angewandter Forschung, stark in der Förderung von Netzwerken, die sich für die Kapitalisierung und den Austausch von Wissen einsetzen.

Für das Monitoring des nachhaltigen Entwicklungsziels (SDG) im Wasserbereich werden Daten benötigt, die heute nicht systematisch erhoben werden. Von der DEZA unterstützte Forschungsaktivitäten haben daher zum Ziel, kostengünstige Datenerhebungsmethoden zu entwickeln und effiziente Monitoringsysteme für die verschiedenen Indikatoren zu konstruieren.

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt bildet die Untersuchung und Verringerung des Wasserfussabdrucks von Unternehmen und Produktionsprozessen. Das Konzept des Wasserfussabdrucks wurde im Jahr 2014 als ISO-Norm 14046 eingeführt. Der Wasserfussabdruck gibt an, wie viel Frischwasser während des Herstellungsprozesses eines Produktes benötigt wird.

Im Rahmen des übergeordneten Ziels der integrierten Bewirtschaftung von Wasserressourcen setzt die DEZA Forschungsakzente auf Kooperationsmodelle im Management von länderübergreifenden Wassereinzugsgebieten, die Umsetzung von Finanzierungsinstrumenten für die Abgeltung von Ökosystemdienstleistungen sowie die Entwicklung von innovativen Methoden in der Erhebung und Auswertung von hydrometeorologischen Daten.



3.2.4. Gesundheit

Herausforderungen

Weltweit haben mehrere hundert Millionen Menschen nur erschwerten oder gar keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung. Die gegenseitige Abhängigkeit von Gesundheit und wirtschaftlicher Entwicklung benachteiligt vor allem arme Bevölkerungsschichten und verschärft folglich soziale Ungleichheiten. Medizinische Grundversorgung – ein Schlüsselfaktor für wirtschaftliche und soziale Entwicklung – spielt eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, die soziale Gerechtigkeit zu verbessern, Ungleichheiten zu minimieren und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Gesundheit gehört zu den globalen öffentlichen Gütern und beeinflusst die soziale und ökonomische Entwicklung eines Landes und seiner Bevölkerung massgeblich. Die internationale Gemeinschaft versteht Gesundheit als eines der unveräußerlichen Rechte, die jedem Menschen zustehen. Zentrale Herausforderungen, wie die Gesundheitsfinanzierung, Forschung & Entwicklung medizinischer Produkte für die Krankheiten der Armen oder Pandemien, machen international abgestimmte und koordinierte Antworten notwendig.

Prioritäre Forschungsachsen

Im Allgemeinen werden im Gesundheitsbereich Fragen zu Effizienz, Gouvernanz, Finanzierung und Determinanten von Gesundheit als forschungsrelevant erachtet.

Für die Regionen Afrika, Osteuropa und Zentralasien sollen mittel- und langfristige Analysen zur Gesundheitsfinanzierung durchgeführt und Innovationen für deren Umsetzung gefördert werden. Hierbei sollen mögliche Formen der Finanzierung, wie beispielsweise die Einführung von Krankenkassensystemen, sowie weitere Systeme der sozialen Absicherung im Krankheitsfall untersucht werden.

Einen weiteren Forschungsschwerpunkt stellt der gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Zugang zur Gesundheitsversorgung dar. Er schliesst Forschung & Entwicklung von medizinischen Produkten für die Krankheiten der Armen wie auch die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen für alle und die Partizipation der Bevölkerung mit ein. Ein häufiger Konfliktpunkt in Bezug auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung stellt das allgemeine Recht auf Gesundheit («*right to health*») dar, während jedoch oft nur beschränkte Mittel vorhanden sind. Die kosteneffiziente Sicherstellung von qualitativ angemessenen Gesundheitsdienstleistungen, insbesondere für die armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen stellt folglich einen zentralen Forschungsschwerpunkt dar.

Im Hinblick auf die neuen nachhaltigen Entwicklungsziele wird in Zukunft ein besonderes Augenmerk über den medizinischen Ansatz hinaus auf die Determinanten von Gesundheit gerichtet, wie zum Beispiel Zugang zu sauberem Wasser, Ernährungssicherheit, Gleichberechtigung der Geschlechter, Arbeitssicherheit, Zugang zu Landrechten und sicherer Behausung. Wissenschaftlich begleitete multisektorale und transdisziplinäre Forschung stehen hier im

Vordergrund. Das thematische Modul «öffentliche Gesundheit» des r4d-Programmes fokussiert auf menschenrechtsbasierte Versorgungssysteme und nachhaltige Finanzierungsmechanismen im Gesundheitsbereich. Im Zentrum stehen Forschungsvorhaben zu den Themen:

- Nachhaltige Finanzierungs- und Koordinationsmechanismen in Forschung & Entwicklung und Zugang zu medizinischen Produkten für Krankheiten der Armen
- Sicherstellung von diskriminierungsfreiem Zugang zu einer qualitativ angemessenen Gesundheitsversorgung
- Strategische Weiterentwicklung von Systemen der sozialen Absicherung im Krankheitsfall (*social health protection*)
- Berücksichtigung der Determinanten von Gesundheit und Förderung von multisektoriellen Ansätzen zur Gesundheitsverbesserung.

3.2.5. Beschäftigung im Kontext der nachhaltigen Entwicklung

Herausforderungen

Für die Verringerung von Armut stellt beschäftigungsrelevantes wirtschaftliches Wachstum in Einklang mit einem nachhaltigen Ressourcenverbrauch («grüne Wirtschaft») eine zentrale Voraussetzung dar. Ausschlaggebend ist dabei die Schaffung von Einkommen und Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten zehn Jahren weltweit um über

25% zugenommen, wobei überproportional viele Jugendliche und junge Menschen davon betroffen sind.

Für nachhaltiges Wachstum spielen funktionierende Märkte eine zentrale Rolle, sei es im Bereich der Landwirtschaft, der Industrie oder der Dienstleistungen auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene. Der Privatsektor ist dabei ein Schlüsselfaktor für wirtschaftliches Wachstum und somit entscheidend für die Integration von Entwicklungs- und Transitionsländern in die Weltwirtschaft.

Ein besonderes Augenmerk wird in Zukunft auf den Einbezug ländlicher Gebiete gerichtet, wo nach wie vor grosse Einkommensarmut herrscht und eine geringe Bevölkerungsdichte sowie fehlende oder schlechte Infrastruktur den Zugang zu Märkten und Dienstleistungen erschweren. Es wird eine zentrale Herausforderung sein, kompetitive Marktssysteme auch für arme und marginalisierte Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen. Dies muss im Zusammenhang mit einer zunehmenden Urbanisierung gesehen werden, d.h. die Verknüpfung von Stadt und Land sind zunehmend von Interesse. In bestimmten Regionen wird zudem vermehrt ein Fokus auf urbane und peri-urbane Armut zu legen sein.

Prioritäre Forschungsachsen

Vor dem Hintergrund einer nachhaltigen globalen Entwicklung zur Armutsreduktion und der Frage, wie Arbeit und Einkommen, insbesondere auch im ländlichen Raum, erhalten und geschaffen werden können, spielen systemische Ansätze der Marktent-



wicklung eine zentrale Rolle. Angestrebte Ziele sind ein besseres Funktionieren der Märkte sowie eine nutzbringende Einbindung armer Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt.

Im r4d Modul «Beschäftigung im Kontext der nachhaltigen Entwicklung» des r4d Programms stehen mit drei Forschungspartnerschaftsprojekten folgende Themen im Zentrum.

- Auswirkungen verschiedener entwicklungspolitischer Instrumente auf Beschäftigung
- Feminisierung, Agrartransformation und Beschäftigung im ländlichen Raum
- Handel und Arbeitsmarktergebnisse in Entwicklungsländern.

Die Projekte werden nach sechsjähriger Forschungszusammenarbeit 2019/20 abschliessen.

Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor (lokal, zunehmend aber auch mit transnationalen Firmen) sowie die Berücksichtigung vorherrschender Rahmenbedingungen sind wichtige Faktoren. Die Unterstützung der DEZA ist insbesondere auf landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten ausgerichtet. Obwohl viele der ärmsten Länder ihre Armut in den letzten Jahren durch beträchtliches Wachstum reduzieren konnten, profitierten die ärmsten Bevölkerungsschichten kaum davon. Ein zukünftiger Schwerpunkt wird deshalb auch darin liegen, verschiedene Ansätze (z. B. *integratives* oder *armutsorientiertes Wachstum*) zu vergleichen und zu analysieren, wie die Ärmsten von einem nachhaltigen Wachstum besser profitieren können.

Ebenfalls von Interesse ist die Mobilisierung von zusätzlichen Ressourcen für Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere durch den Privatsektor. In Bezug auf den neuen Bereich der Mikroversicherungen ist die empirische Untersuchung, wie genau die Wirkung bei den Armen ankommt und Methoden zu deren Messung von Interesse.

3.2.6. Konfliktprävention und Fragilität

Herausforderungen

Zahlreiche Partnerländer der DEZA gelten als fragil. Gemäss OECD ist ein Staat fragil, wenn die Regierung und die Institutionen nicht fähig oder willens sind, die zur Armutsbekämpfung, Entwicklungsförderung, Bevölkerungssicherung und Einhaltung der Menschenrechte notwendigen Funktionen wahrzunehmen. Bei den meisten Partnerländern ist Fragilität mehr als nur ein Problem aufgrund schwacher staatlicher Strukturen. Im Zentrum des Engagements stehen deshalb die Bekämpfung der eigentlichen Ursachen, die Stärkung staatlicher und gesellschaftlicher Krisenresistenz, Möglichkeiten der

gewaltfreien Konfliktbearbeitung sowie besserer Wahrung der Menschenrechte. Zum Beispiel sind ökonomische, soziale und politische Ausgrenzung, namentlich von Frauen und Mädchen, ethnische Konflikte, fehlende Rechtsstaatlichkeit, Straflosigkeit und Machtmissbrauch sowie Perspektivlosigkeit Auslöser von Fragilität.

Zum Prozess von sich wandelnden Bedürfnissen, Zielen und Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppen und politischer Akteure gehören Konflikte als notwendige Bestandteile dazu. Entwicklungszusammenarbeit, die sozialen Wandel und wirtschaftliche Reformen unterstützt und sich die Freiheit armer und benachteiligter Bevölkerungsgruppen zum Ziel setzt, muss sich sowohl mit klassischen als auch mit neu geschaffenen Interessenkonflikten konstruktiv auseinandersetzen. Wo Konflikte in Gewalt und Krieg münden, werden die nötigen Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung und humanitäre Aktionen untergraben. Gewaltfreie Konfliktaustragung innerhalb und zwischen Gruppen, ein menschenrechtsorientierter Ansatz sowie allgemein konfliktsensitive IZA-Programme, welche auf die jeweilig relevanten Fragilitäts- und Konfliktstrukturen und -dynamiken antworten und die auch Justiz- und Sicherheitsaspekte einbeziehen, sind daher zentrale Strategien für eine friedliche soziale und politische Transformation. Hierbei bedarf es äusserer Hilfestellung, die von staatlichen Akteuren innerhalb eines unterstützenden Staates («*whole-of-government approach*») oder zwischen nationalen und internationalen Organisationen («*whole-of-system approach*») in einer kohärenten, koordinierten und sich ergänzenden Art und Weise durchgeführt wird.

Gleichzeitig baut ein nachhaltiger Friede auf soliden wirtschaftlichen, soziokulturellen und politischen Institutionen auf. Die internationalen Friedensoperationen, oft als kurzfristige Kriseninterventionen geplant und durchgeführt, haben gezeigt, dass sich längerfristig erfolgreiche Friedenssicherung nicht auf die punktuelle Bekämpfung von Symptomen beschränken kann. Die IZA muss eine langfristige Friedensentwicklung anstreben, welche die Ursachen von Gewaltkonflikten erkennt und strukturelle Voraussetzungen für einen friedlichen Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten schaffen kann.

Prioritäre Forschungsachsen

Der Schwerpunkt im Bereich der Forschung zur Überwindung von Gewaltkonflikten und zu Krisenresistenz liegt auf den Ursachen und Lösungsmechanismen für gesellschaftliche Verteilungskonflikte unter Bedingungen schwacher staatlicher Institutionen. Im Forschungsmodul «soziale Konflikte» des r4d-Programms stehen drei Forschungsschwerpunkte im Vordergrund:

- Ethnische Machtverhältnisse und Konflikte in fragilen Staaten



- Die Geschlechterdimensionen von sozialen Konflikten, bewaffneter Gewalt und Friedensförderung
- Förderung von pluralistischer Vergangenheitsbewältigung und kollektiver Resilienz und Gerechtigkeit in fragilen Übergangsprozessen.

Die Forschung in den entsprechenden Forschungspartnerschaftsprojekten wird 2020 abgeschlossen sein.

Für weitere sicherheits- und friedenspolitisch relevante Themen verweisen wir auf die Forschungskonzepte Sicherheits- und Friedenspolitik, die unter der Federführung des VBS in Zusammenarbeit mit den Abteilungen Menschliche Sicherheit und Sicherheitspolitik der Politischen Direktion erstellt werden.

3.2.7. Forschung im Rahmen der Ost-zusammenarbeit

Wie 2013 eine vertiefte Analyse der Sozialwissenschaften in Albanien und Serbien gezeigt hat, fließen im Westbalkan Grundlagenforschung und speziell sozialwissenschaftliche Erkenntnisse ungenügend in politische Debatten und die politische Entscheidungsfindung mit ein. Auch sind Forschungsgelder knapp und Forschungsmethoden entsprechen nicht immer den Anforderungen. Die in Forschung involvierten Akteure sind ungenügend vernetzt. Schliesslich fehlt den Reformprozessen in

den Westbalkan-Ländern die Abstützung auf aktuelle Forschungsergebnisse. Das neue DEZA-Programm *Performing and Responsive Social Sciences Research Programme* (PERFORM) hat den Anspruch, diese Engpässe anzugehen. PERFORM wurde 2015 lanciert. Ziel ist es, die Partnerländer aus dem Westbalkan zu unterstützen, damit sie ihre Forschungsausrichtung und -finanzierung mittelfristig eigenständig wahrnehmen können.

PERFORM, dessen erste Phase (2015-2018) von der DEZA mit rund 5 Millionen Franken finanziert wird, hat die verbesserte Nutzung von sozialwissenschaftlichen Forschungskapazitäten in den Westbalkanländern zum Ziel. Verstärkte Vernetzung aller SozialwissenschaftlerInnen innerhalb eines Landes, die Ausrichtung von Forschungsthemen an national relevanten Themen und verbesserte Rahmenbedingungen wie auch Finanzierungsabläufe sind wichtige Voraussetzungen für eine funktionierende Sozialforschung und für solide abgestützte Reformprozesse. Das Programm wird von einem Konsortium umgesetzt, welches aus Helvetas Swiss Intercooperation und der Universität Freiburg besteht.

4. Finanzierung 2017–2020

Die DEZA finanziert wissenschaftliche Forschung auf der Grundlage ihres Mandates. Die Mittel, welche die DEZA in Forschung investiert (davon ausgenommen ist der Erweiterungsbeitrag), werden zu 100% der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) angerechnet.

Die DEZA verfügt nicht über einen zentral gesteuerten Forschungskredit. Unter Vorbehalt allfälliger Auswirkungen des Stabilisierungsprogramms geht die DEZA davon aus, dass durchschnittlich rund CHF 50 Millionen jährlich in entwicklungsrelevante Forschung investiert wird. Da die jährlichen Schwankungen der Beträge aufgrund des Auszahlungsmodus innerhalb von Projektzyklen, insbesondere bei längerfristig angelegten Programmen und Projekten, relativ stark variieren, sind die CHF 50 Millionen nur als grobe Richtgrösse zu verstehen.

Angaben zu einzelnen Programmen bzw. Projekten finden sich in der ARAMIS Datenbank und vor allem in der Projektdatenbank der DEZA¹⁴.

¹⁴ https://www.eda.admin.ch/deza/de/home/aktivitaeten_projekte/projekte.html

4.1. Folgen der Umsetzung der Sparmassnahmen im Rahmen des KAP 2014

Gemäss Botschaft des Bundesrates (2012) zum Bundesgesetz über das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) 2014 hat der Bundesrat im Rahmen der Aufgabenüberprüfung beschlossen, die Tätigkeiten der Ressortforschung – das heisst der angewandten Forschung der Ämter und Departemente – zu priorisieren, um den Haushalt zu entlasten.

Die DEZA leistet für die Jahre 2014, 2015 und 2016 einen substanziellen Kürzungsbeitrag in der Höhe von 3.56 Millionen Franken pro Jahr.

Der Legislaturfinanzplan 2013-2015 und die Botschaft über die internationale Zusammenarbeit (IZA) 2013-2016 berücksichtigen den Entscheid des Parlaments, die APD bis 2015 auf 0.5% des BNE zu erhöhen. Die Mittel, welche die DEZA in Forschung investiert, sind darin enthalten.

Die Kürzung bei der DEZA im Rahmen der Aufgabenüberprüfung Ressortforschung geht zu Lasten der Entwicklungshilfe.

5. Wichtige Akteure und Schnittstellen im Forschungsbereich

Ein starker Forschungsplatz Schweiz spielt für die Lösung globaler Probleme und die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung eine zentrale Rolle. Die Schweizer Forschung mit ihrer Innovationskraft und ihrem weltweiten Beziehungsnetz kann die Transformation Richtung globale nachhaltige Entwicklung unterstützen.

Nationale und international ausgerichtete Forschungsprogramme und –projekte der Schweiz in global wichtigen Themen gilt es für das Engagement der Schweiz für eine nachhaltige Entwicklung sichtbar und nutzbar zu machen.

5.1. Beschreibung der wichtigsten Akteure

Die DEZA arbeitet in der Schweiz im Forschungsbereich vor allem mit folgenden Partnern zusammen:

- Universitäten
- den Eidgenössischen Technischen Hochschulen ETH
- Fachhochschulen
- dem Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung (IHEID)
- dem Schweizerische Tropen- und Public Health Institut (SwissTPH)
- dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBF
- dem Schweizerischen Nationalfonds SNF
- der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern KFPE.

Die Zusammenarbeit zwischen den Schweizer Kompetenzzentren (Eidgenössische Technische Hochschulen, Universitäten, Fachhochschulen usw.) und ihren Partnern in den Entwicklungsländern u.a. im Rahmen von Netzwerken, Austauschplattformen und Programmen spielt ebenfalls eine wichtige Rolle.

Von Interesse ist auch das neu entstehende «*Swiss-Universities Development & Cooperation Network*», das in Zusammenarbeit mit der KFPE entwickelt wird.

Im Hinblick auf die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wird auch die Zusammenarbeit mit internationalen Forschungspartnern weiter an Bedeutung gewinnen.

5.2. Schnittstellen zu den Forschungsförderinstitutionen

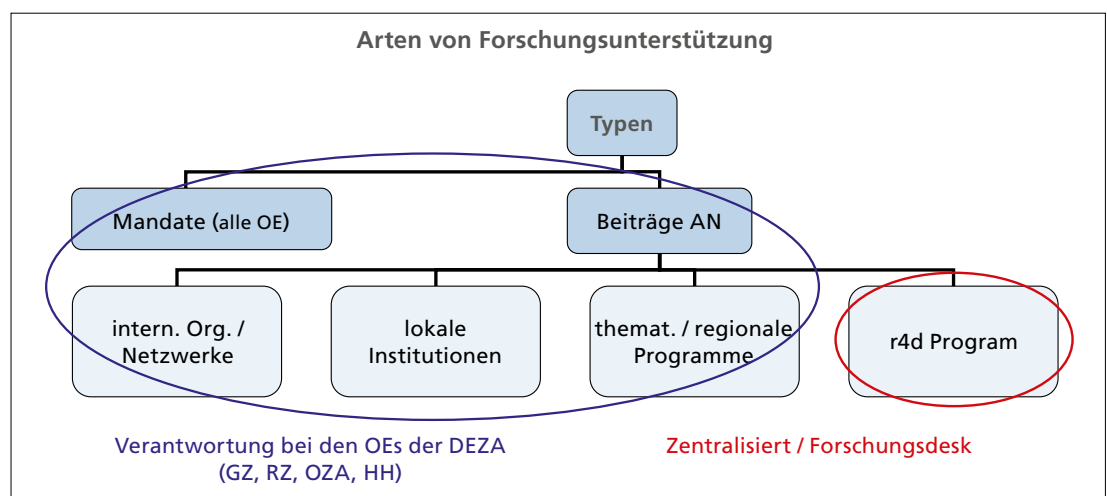
Die DEZA pflegt eine Partnerschaft mit dem Schweizerischen Nationalfonds. Der SNF ist für die Forschungsförderung im Rahmen der IZA seit 1990 ein wichtiger Partner. Das Engagement wurde im Rahmen des «*Swiss Programme for Research on Global Issues for Development*» vertieft.

Die Kommission für Technologie und Innovation KTI unterstützt Innovation, die aus der Forschungszusammenarbeit zwischen Forschungsinstitutionen und Unternehmen entsteht. Im Zentrum stehen die Umsetzung der Forschung und die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen. Es ist in der Periode 2017-20 vorgesehen, einen Austausch mit der KTI zu initiieren.

5.3. Schnittstellen zu andern Bundesämtern

Ein regelmässiger Dialog und Austausch zwischen den Ämtern findet auf verschiedenen Ebenen statt. Neben den Gremien der Ressortforschung sind für die DEZA u.a. auch die interdepartementalen Arbeitsgruppen (IDAG) für die Sicherung des Informationsaustausches und die Nutzung von Synergien zwischen den Departementen und Ämtern relevant. Zu erwähnen sind insbesondere drei Gremien: die Interdepartementale Kommission für internationale Entwicklung und Zusammenarbeit IKEZ, der Interdepartementaler Ausschuss Nachhaltige Entwicklung IDANE und die Interdepartementale Arbeitsgruppe Internationale BFI-Politik. Das Thema Forschung und Bildung steht dabei einzig bei der IDAG BFI und den Gremien der Ressortforschung im Vordergrund.

6. Organisation und Qualitätssicherung



6.1. Interne Organisation

Das Forschungsdesk, verankert in der Abteilung Analyse und Politik der Globalen Zusammenarbeit, ist in der DEZA für alle forschungspolitischen, -strategischen sowie koordinatorischen Aufgaben im Bereich Forschung zuständig.

Rund 20% des Forschungsportfolios wird zentral vom Forschungsdesk verwaltet (s. Grafik). In erster Linie betrifft dies die wettbewerbsorientierte Förderung der internationalen partnerschaftlich ausgerichteten Forschung zu globalen Problemen in prioritären Themenbereichen der Schweizer IZA. Dazu wurde gemeinsam mit dem SNF das r4d Programm als innovatives, neues Fördergefäss geschaffen und 2012 lanciert. Analyse und Politik ist für die Finanzierung und strategische Begleitung des r4d Programms seitens DEZA zuständig. Die inhaltliche Begleitung der bewilligten Forschungsprojekte wird durch die thematisch kompetenten Organisationseinheiten in der Globalen (GZ) und Regionalen Zusammenarbeit (RZ) wahrgenommen. Damit ist ein wichtiges Anliegen der Direktion auf der Grundlage der Ergebnisse der unabhängigen Forschungsevaluation 2010 erfüllt.

Beim grössten Teil des Forschungsportfolios – in etwa CHF 40 Millionen – handelt es sich um Forschungsbeiträge an internationale Organisationen bzw. Netzwerke sowie Programmbeiträge im Rahmen der strategischen Schwerpunkte der DEZA und um Forschungsaufträge bzw. Mandate mit einer Forschungskomponente. Dieser Teil des Portfolios wird durch die verschiedenen Organisationseinheiten an der Zentrale und in den Kooperationsbüros verantwortet und verwaltet. Die Linie der Organisationseinheiten trägt die Verantwortung für das Management und die Qualitätssicherung (einschliesslich Ausschreibung/Vergabe, Monitoring, Reporting und Diffusion bzw. Nutzung der Ergebnisse) von forschungsrelevanten Aktivitäten sowie für die Zusammenarbeit mit den Forschungsinstitutionen und die regelmässige Beurteilung dieser Zusammenarbeit.

Eine wichtige Rolle spielen zudem die thematischen Netzwerke der DEZA. Ihre Hauptaufgabe ist die Erarbeitung und Weitergabe der guten Fachpraxis in einem bestimmten Thema, wie Wasser, Klimawandel und Umwelt, Gesundheit, Arbeit und Einkommen, Bildung, Landwirtschaft, Konflikt und Menschenrechte. Die DEZA-Netzwerke verbinden Mitarbeitende in der Zentrale, den Kooperations-

büros vor Ort, Partnerorganisationen sowie der Forschung. Jedes Netzwerk wird von einer Person («focal point») koordiniert und animiert. Die Netzwerkmitglieder treffen sich alle ein bis zwei Jahre. Sie tauschen sich über elektronische Plattformen aus und stellen Informationen auf dem Internet zur Verfügung.

6.2. Wissenschaftliche Begleitung

Die Beratende Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit berät den Bundesrat sowie verschiedene Bundesstellen, insbesondere die DEZA und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) in Fragen der internationalen Zusammenarbeit. In der Kommission sind neben ParlamentarierInnen, Nichtregierungsorganisationen, der Privatwirtschaft und Medien auch die Wissenschaft vertreten.

Da Programme und Projekte mit Forschungsanteil sehr unterschiedlich konzipiert sind und aufgrund des grossen thematischen Spektrums, ist der Einsatz eines einzigen Gremiums für die wissenschaftliche Begleitung wenig zielführend.

In der Regel werden Forschungsprojekte, die im Rahmen von Programmen ausgeschrieben und realisiert werden, von internationalen ExpertInnen beurteilt. Die DEZA ist in den jeweiligen Auswahlgremien vertreten. Beispielsweise wurden im r4d Programm sechs international zusammengesetzte Expertengremien für die Evaluation und Begleitung der ausgewählten Forschungsprojekte eingesetzt. Die DEZA ist als vollwertiges Mitglied in allen Expertengremien vertreten.

Für die inhaltliche Qualitätssicherung spielt die Teilnahme an internationalen und nationalen Fachgremien (wie CGIAR, AGUASAN) sowie die gezielte Zusammenarbeit mit verschiedenen Kompetenzzentren eine wichtige Rolle.

6.3. Qualitätssicherung

Die Forschung kann nicht als isolierte Aktivität der IZA betrachtet werden. Sie ist vielmehr ein integraler Bestandteil aller Anstrengungen, Lösungsansätze für drängende globale Herausforderungen zu finden bzw. zu entwickeln. Damit unterliegt die APD-unterstützte Forschung denselben Anforderungen wie andere Aktivitäten der IZA, insbesondere den Anforderungen der Resultatorientierung, Wirksamkeit und effizientem Mitteleinsatz.

Es gibt DEZA-intern keine spezifischen Instrumente und Abläufe für forschungsbezogene Aktivitäten. Der Kreditantrag ist die Grundlage für die operative, administrative und finanzielle Bewilligung der Beiträge und Aufträge der DEZA und in Kombination mit dem Projektdokument und dem «*logical framework*» bzw. «*results framework*» auch die Grundlage für das Monitoring und die Evaluation von Forschungsprogrammen und -projekten bzw. von Entwicklungsprojekten mit einer Forschungskomponente. Bei Forschungsprogrammen wie das r4d Programm, das vom SNF umgesetzt wird, gelten zudem die Qualitätsstandards des SNF.

Die Qualität wird im Rahmen des «*Project Cycle Management*» (PCM) bzw. des «*Core Contribution Management*» (CCM) für Strukturbeiträge sichergestellt. Beim PCM handelt es sich um ein integriertes ergebnisorientiertes Managementsystem, das auf einem zyklischen Verständnis von Projekten und Programmen beruht. Das Instrument des CCM wurde entwickelt, um die Verwendung von Strukturbeiträgen trotz begrenzten Steuerungsmöglichkeiten überwachen zu können.

Die Beobachtung und Reflektion bzw. Überprüfung der Ergebnisse und ihrer Nutzung ist Bestandteil des PCM im Rahmen des Wirkungsreporting. Auf der Grundlage der Anforderungen und Instrumente der DEZA sowie der Erfahrungen und Möglichkeiten des Forschungspartners werden in Konsultation mit

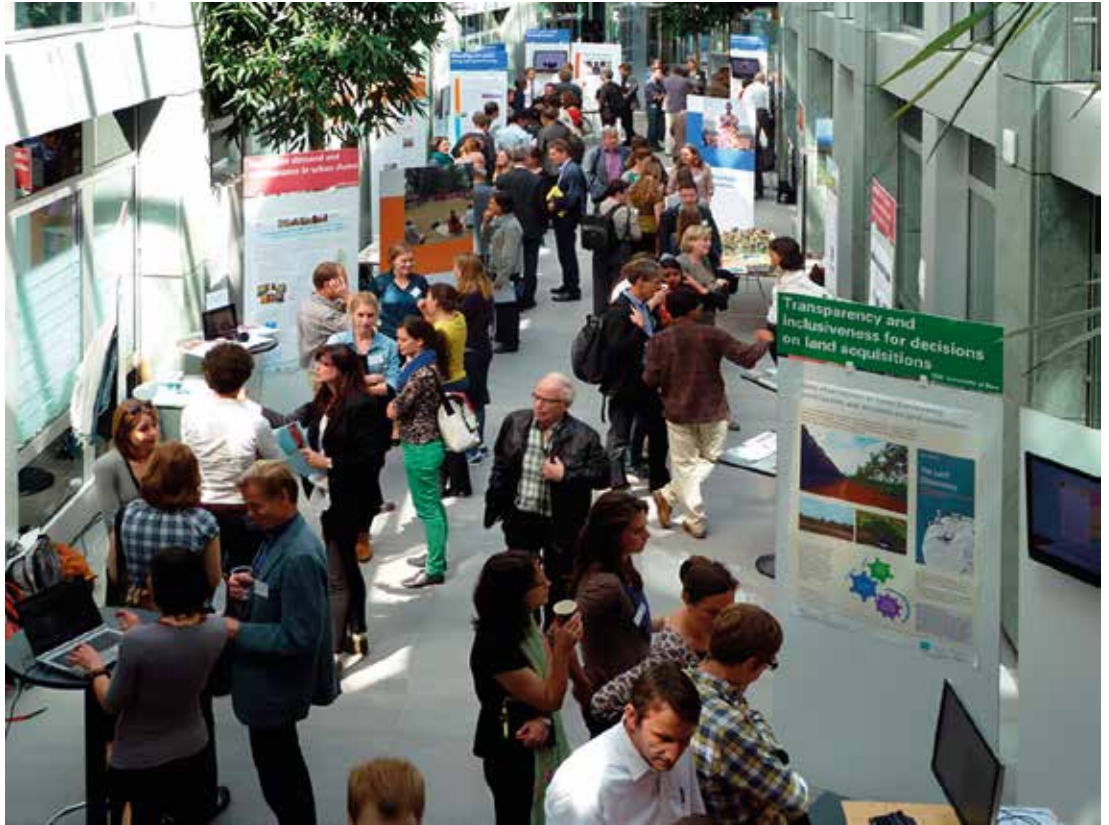


Bild: J.-A. Lys, KFPE (Research Fair an der Zentrale der DEZA, 2013)

den Partnern massgeschneiderte Monitoring- und Evaluationstools entwickelt und Prozesse festgelegt.

Die Wirkungsmessung der Schweizer IZA wurde in den letzten Jahren deutlich verbessert. So sind Instrumente eingeführt worden, wie beispielsweise der jährliche Ergebnisbericht, welcher die Resultatorientierung von Kooperationsstrategien und Kreditanträgen überprüft, oder der «*Annual Progress Report on Gender Equality*», welcher die Umsetzung der Genderpolitik der DEZA in Kooperationsstrategien, Beiträgen, Programmen und Projekten beurteilt. Die DEZA veröffentlicht seit 2008 auch Berichte über die Wirksamkeit der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Im Fokus stehen Schlüsselthemen wie Wasser, Landwirtschaft, Klimawandel oder Gesundheit. Es wird nicht nur über die Erfolge der DEZA-Aktivitäten, sondern auch über deren Schwierigkeiten und Herausforderungen berichtet. Die Jahresberichte DEZA/SECO sind konsequent auf die Berichterstattung über erreichte Resultate ausgerichtet. Zudem werden jährlich ungefähr hundert Evaluationen auf den verschiedensten Ebenen der Organisation durchgeführt. Evaluationen fördern institutionelles Lernen, bieten Entscheidungshilfe für das Management und dienen der Rechenschaftslegung gegenüber Politik und Öffentlichkeit.

Die DEZA unterscheidet drei Evaluationsarten: Externe Evaluationen werden von der DEZA angeordnet und extern in Auftrag gegeben; Länderevaluationen dienen der Überprüfung der Umsetzung der Kooperationsstrategien und interne Reviews werden von

den für Planung und Monitoring eines Programms oder Projekts Verantwortlichen in Auftrag gegeben.

6.4. Wissens- und Technologietransfer und Verbreitung des Wissens

Forschungsergebnisse aus Beitragsprogrammen werden in der Regel von den Forschungsinstitutionen bzw. Forschenden über ihre üblichen Kanäle veröffentlicht.

Die Handhabung des Geistigen Eigentums wird für APD-unterstützte Forschung wie folgt geregelt: Jegliches Erzeugnis der Forschung unterliegt dem «*open access*» Prinzip. Somit wird über jedem Erzeugnis ein freies und unbeschränktes Mitbenutzungsrecht zugunsten Dritter eingeräumt, soweit kein gewerblicher Zweck angestrebt wird. Werden Schutzrechte über ein Ergebnis aus der Forschung beantragt (durch Marke, Design, Patent, usw.), dann ist eine vorherige Genehmigung bei der DEZA einzuholen.

An Konferenzen und Fachtagungen sowie im gezielten Dialog mit der Wissenschaft werden Erfahrungen und Forschungsergebnisse ausgetauscht, diskutiert und gemeinsam bewertet. Der Austausch zu entwicklungspolitisch relevanten Themen soll weiter verstärkt werden.

Mit dem ersten Forschungsmarkt 2013 haben die DEZA und die KFPE beispielsweise eine neue Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen Ak-

teuren der IZA und der Forschung geschaffen. Forscherinnen und Forscher präsentierten innovative Forschungsergebnisse, die sie gemeinsam mit ihren Forschungspartnern aus Afrika, Asien und Lateinamerika erzielt haben. In Ateliers wurden zudem neue Trends und Herausforderungen für die IZA gemeinsam thematisiert.

In der Regel treten Forschungspartner mindestens einmal pro Jahr in formellen Kontakt mit den zuständigen Abteilungen der Zentrale oder Kooperationsbüros der DEZA. Die gegenseitigen Erwartungen werden ausgetauscht sowie innovative und relevante Forschungsergebnisse präsentiert, diskutiert, gemeinsam bewertet, dokumentiert und verbreitet.

Forschungsergebnisse, die für die Aktivitäten der DEZA relevant sind, können von den zuständigen Einheiten auf den «*sharewebs*» der thematischen Netzwerke zugänglich gemacht oder durch andere geeignete Instrumente publiziert werden. Ausserdem können sie im Rahmen von Netzwerksitzungen sowie internen und öffentlichen Veranstaltungen der Netzwerke präsentiert und diskutiert werden. Die Abteilung Wissen-Lernen-Kultur der DEZA unterstützt die operationellen Einheiten und Netzwerke bei Bedarf beim Wissensaustausch.

Das Team Lernen und Vernetzung der DEZA, angesiedelt in der Abteilung Wissen-Lernen-Kultur, unterstützt bei der Organisation von Austauschtreffen und Konferenzen und leistet Beratung für die Verankerung von Lernprozessen bei der Umsetzung von Programmen. So wird zum Beispiel auch bei dem r4d-Programm darauf geachtet, dass die unterstützten Projekte durch die «*Focal Points*» der Netzwerke begleitet und Erkenntnisse aus den Projekten in deren Netzwerke zurückgetragen werden können.

Für Lernen und Vernetzung geht es neben dem Zugänglichmachen von Wissensprodukten um das Design von Lernprozessen in der Umsetzung von Programmen. Das bedeutet in erster Linie die Unterstützung und Förderung von Lernräumen, wo die involvierten Personen ihre Erfahrungen austauschen und voneinander lernen können.

7. Abkürzungsverzeichnis

APD	Aide publique au développement (Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit)
BABS	Bundesamt für Bevölkerungsschutz
BFI	Bildung, Forschung und Innovation
CCM	Core Contribution Management
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research
CRP	CGIAR Forschungsprogramme
CHF	Schweizer Franken
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EPFL	Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
ETHZ	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
EU	Europäische Union
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
GZ	Globale Zusammenarbeit
HH	Humanitäre Hilfe
IDAG	Interdepartementale Arbeitsgruppe
IKEZ	Interdepartementales Komitee für internationale Entwicklung und Zusammenarbeit
IHEID	Institut de hautes études internationales et du développement
IZA	Internationale Zusammenarbeit
KAP	Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket
KFPE	Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern
KTI	Kommission für Technologie und Innovation
NCCR	National Centre of Competence in Research
NFS	Nationaler Forschungsschwerpunkt
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OZA	Ostzusammenarbeit
PCM	Project Cycle Management
PERFORM	Performing and Responsive Social Sciences
PD	Politische Direktion
r4d Programm	Swiss Programme for Research on Global Issues for Development
RRPP	Regional Research Promotion Programme
RFPP	Research Fellow Partnership Program
RZ	Regionale Zusammenarbeit
SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
Sciex	Scientific Exchange Programme between the New Member States and Switzerland
SDG	Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung)
SCOPEs	Scientific Cooperation between Eastern Europe and Switzerland
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SNF	Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
Swiss TPH	Schweizerische Tropen- und Public Health Institut
UNO	United Nations Organisation
VBS	Bundesamts für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

8. Anhang

Informationen zur Ressortforschung

Einleitung

Die Bundesverwaltung initiiert und unterstützt wissenschaftliche Forschung, deren Resultate sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Diese im öffentlichen Interesse erbrachte Forschung wird als Ressortforschung bezeichnet. Dazu gehören z.B. wissenschaftlichen Grundlagen für die Politikentwicklung und -ausgestaltung in den verschiedenen Politikbereichen, für Vollzugsarbeiten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, für legislative Arbeiten oder für die Beantwortung und Umsetzung von parlamentarischen Vorstössen. Die Forschung der Bundesverwaltung kann praktisch alle Ausprägungen von wissenschaftlicher Forschung, namentlich von der Grundlagenforschung über die anwendungsorientierte Forschung bis hin zur Entwicklung - z.B. im Bereich des Einrichtens von Pilot- und Demonstrationsanlagen - umfassen. Die Ressortforschung richtet sich nach klaren gesetzlichen Grundlagen. Neben Art. 64 der Bundesverfassung (SR 101) ist das Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz FIGG (SR 420.1) mit der Totalrevision vom 14. Dezember 2012 zu einem Rahmengesetz für die Ressortforschung ausgearbeitet worden.

Neben dieser Verankerung im FIGG ist die Ressortforschung auf spezialgesetzliche Bestimmungen und die zugehörigen Verordnungen abgestützt. In diesen werden durch den Bund spezifische Verpflichtungen für die Durchführung von *Intramuros- und Auftragsforschung* sowie die Finanzierung in Form von *Beiträgen* an Forschungseinrichtungen, programme oder projekte vorgegeben. Zudem setzen Verpflichtungen aus internationalen Vereinbarungen Ressortforschung voraus. Die Forschung der Bundesverwaltung nimmt daher auch eine wichtige Rolle auf der internationalen Ebene ein.

Einerseits beteiligen sich Bundesinstitutionen an internationalen Gremien und Forschungsprogrammen - beispielsweise an internationalen Energie-

agenturen, an EU-Forschungsrahmenprogrammen wie ERA-NET - womit die internationale Einbindung von Schweizer Forschenden in diese Programme, die Koordination und der Wissenstransfer garantiert werden kann. Andererseits werden Beiträge an internationale Organisationen und (Entwicklungs-) Programme entrichtet, um mittels Forschung auf die Lösung globaler Probleme hinwirken zu können.

Der übergeordneten Koordination der Forschung der Bundesverwaltung wird ein besonderes Gewicht beigemessen. Mit der Totalrevision des FIGG ist ein permanenter interdepartementaler Koordinationsausschuss auf Gesetzesbasis etabliert worden mit den Hauptaufgaben der Koordinierung des Vorgehens beim Erarbeiten der Mehrjahresprogramme und der Erarbeitung von Richtlinien über die Qualitätssicherung. Diese Mehrjahresprogramme, von welchen Sie nun eines in den Händen halten, werden in Form von ressortübergreifenden Forschungskonzepten ausgearbeitet für jeden der elf durch den Bundesrat bestimmten Politikbereiche. Hauptziele sind die optimale Abstimmung der Forschungsschwerpunkte unter den Bundesstellen und die Nutzung der Schnittstellen mit dem Hochschulbereich und den Forschungsförderungsinstitutionen.

Mit der Qualitätssicherung soll garantiert werden, dass sich die Forschung der Bundesverwaltung an den Prinzipien der Gesetzmässigkeit, Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit orientiert.

Definition der Forschung der Bundesverwaltung

Die von der Bundesverwaltung initiierte bzw. unterstützte Forschung wird gemeinhin als „Ressortforschung“ bezeichnet. Es handelt sich dabei um Forschung, deren Ergebnisse von der Bundesverwaltung resp. der Bundespolitik für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt werden oder im öffentlichen Interesse liegen. Die Ressortforschung liegt damit an der Schnittstelle zwischen der wissenschaftlichen Forschung und der Politik bzw. Praxis. Es handelt

sich sowohl um „Forschung in der Politik“, welche die wissenschaftliche und technische Dimension in die politische Diskussion einbringt, als auch um „Forschung für die Politik“, welche die Grundlagen für die Formulierung der Ziele in den Politikbereichen (s. Kapitel A3) bereitstellt. Sie wird legitimiert durch das Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz FIFG (SR 420.1), welches als Rahmengesetz für die Ressortforschung dient,¹⁵ und durch die spezialgesetzlichen Bestimmungen (s. Kapitel A2). Sie steht im Einklang mit den Strategien der Bundesstellen und kann folgende Massnahmen umfassen:

- den Betrieb bundeseigener Forschungsanstalten (*Forschung intra-muros*);
- *Beiträge* an Hochschulforschungsstätten für die Durchführung von Forschungsprojekten und programmen;
- die Durchführung eigener Forschungsprogramme, namentlich in Zusammenarbeit mit Hochschulforschungsstätten, Forschungsförderungsinstitutionen wie dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF), der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) oder weiteren Förderorganisationen;
- *Beiträge* von Bundesstellen an internationale Institutionen und Organisationen für Forschungsprojekte oder -programme;
- die Erteilung von *Forschungsaufträgen* (Auftragsforschung).

Nicht zur Ressortforschung gehören die Ausgaben der vom Bund finanzierten Hochschulen und Forschungsanstalten des Hochschulbereichs, Beiträge (Subventionen) des Bundes an den SNF, die KTI und an wissenschaftliche Institutionen gemäss FIFG (Akademien, Forschungsinfrastrukturen, institutionen und Technologiekompetenzzentren etc.) sowie Beiträge an internationale wissenschaftliche Institu-

tionen und Organisationen zur Strukturfinanzierung. In der Praxis beruht die Ressortforschung auf den fünf Hauptprinzipien der Gesetzmässigkeit, Zweckmässigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Einhaltung der wissenschaftlichen Qualitätsstandards. Die Hauptverantwortung für die Ressortforschung liegt bei den einzelnen Bundesstellen, welche die Forschung entweder selber durchführen, in Auftrag geben oder Beiträge leisten.

Gesetzlicher Auftrag

Rahmengesetz

Das Engagement des Bundes in der Forschung und Forschungsförderung wird durch Art. 64 der Bundesverfassung (SR 101) legitimiert, indem der Bund die wissenschaftliche Forschung und die Innovation fördert, bzw. Forschungsstätten errichten, übernehmen oder betreiben kann.

Mit der Totalrevision des FIFG vom 14. Dezember 2012 ist dieses zu einem Rahmengesetz für die Ressortforschung ausgearbeitet worden: Die Bundesverwaltung ist ein Forschungsorgan, soweit sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben Ressortforschung betreibt oder Aufgaben der Forschungs- und Innovationsförderung wahrnimmt (Art. 4, Bst. d). Der Bund fördert die Forschung und die Innovation nach FIFG sowie nach Spezialgesetzen durch eigene Ressortforschung, einschliesslich der Errichtung und des Betriebs bundeseigener Forschungsanstalten (Art. 7 Abs.1 Bst. e). Die Massnahmen der Ressortforschung (s. oben) sowie Vorgaben wie beispielsweise zur Einwerbung von Drittmitteln werden in Art. 16 dargelegt. Die Einrichtung von bundeseigenen Forschungsanstalten ist in Art. 17 geregelt. Ein wichtiger Aspekt der Ressortforschung ist deren Koordination. Hierzu wird vom Bundesrat ein interdepartementaler Koordinationsausschuss eingesetzt, der insbesondere Aufgaben im Bereich des koordinierten Vorgehens bei der Erstellung der Mehrjahresprogramme wahrnimmt und Richtlinien zur Qualitätssicherung erlässt (Art. 42). Die Mehrjah-

¹⁵ Totalrevision des FIFG vom 14. Dezember 2012

resprogramme der Ressortforschung - ein Koordinations- und Planungsinstrument - werden in Form von ressortübergreifenden Forschungskonzepten erarbeitet, in welchen die Forschungsschwerpunkte der Hochschulen, die im Auftrag des Bundes durchgeführten Förderprogramme des SNF sowie die Tätigkeit der KTI berücksichtigt werden (Art. 45).

Spezialgesetzliche Grundlagen

Neben der Verankerung im FIG ist die Forschung der Bundesverwaltung auf über 55 spezialgesetzliche Bestimmungen abgestützt. In diesen werden direkte Forschungsaufträge oder Finanzierungsverpflichtungen durch den Bund vorgegeben, bzw. direkte Evaluations-, Erhebungs-, oder Prüfungsaufträge formuliert, welche die entsprechenden wissenschaftlichen Arbeiten voraussetzen. Zudem werden Forschungsaufgaben in zahlreichen den Gesetzen zugehörigen und weiteren Verordnungen präzisiert. Darüber hinaus setzt selbst dort, wo kein expliziter gesetzlicher Auftrag zur Forschung besteht, die Anwendung und Umsetzung geltenden Rechts oft Fachwissen voraus, welches aktuell sein soll und daher mittels Forschung erarbeitet werden muss (z.B. beim Erlass von Richtlinien und Verordnungen). Deshalb sind Forschungsverpflichtungen auch oft Teil des Leistungsauftrags von FLAG-Ämtern (ab 2017 Leistungsvereinbarung nach NFB) oder sie werden in departementalen Organisationsverordnungen für die verschiedenen Ämter festgelegt.

Verpflichtungen aus internationalen Vereinbarungen und parlamentarischen Aufträgen

Neben den spezialgesetzlichen Bestimmungen enthalten oder implizieren auch über 90 internationale Verträge, Konventionen oder Mitgliedschaften Verpflichtungen zur Forschung oder zu nationalen Forschungsanstrengungen in den jeweils relevanten Themenfeldern. Aber auch in Fällen, wo keine expliziten Forschungsverpflichtungen aus Verträgen existieren, ist die in Auftrag gegebene Forschung für einige Ämter zentral, um notwendige internationale Kontakte aufrecht erhalten zu können. Die Forschung der Bundesverwaltung ermöglicht so einen Austausch auf der Basis von Fachwissen, dem die eigenen aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Grunde liegen.

Vom Parlament selbst werden durch parlamentarische Initiativen, Motionen, Postulate, Interpellationen oder Anfragen Aufträge zur Erarbeitung von Entwürfen für Erlasse, zur Erarbeitung von Prüfungsberichten und Auskünften erteilt, deren Behandlung Aktivitäten in der Forschung der Bundesverwaltung nach sich ziehen kann.

Koordination der Forschung der Bundesverwaltung

Gliederung der Forschung der Bundesverwaltung in Politikbereiche

Die Forschung der Bundesverwaltung wird im Interesse der guten Koordination und Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Bundesstellen nach politischen Bereichen gegliedert. Die Politikbereiche, für die eine strategische Forschungsplanung zu erstellen ist (FIG Art. 45 Abs. 3), werden vom Bundesrat im Rahmen der jeweiligen Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation festgelegt (FIG Art. 46 Abs. 1 Bst. d). Dazu erarbeiten die betroffenen Bundesstellen unter der Leitung einer federführenden Bundesstelle und unter gezieltem Einbezug externer Expertise (in der Regel eine wissenschaftliche Begleitkommission/-gruppe) vierjährige Forschungskonzepte. Diese Forschungskonzepte sind prägnante und umfassende Strategiedokumente. Sie dienen der Information von interessierten und betroffenen Forschungsakteuren innerhalb und ausserhalb des Bundes sowie der öffentlichen Hand generell, unterstützen die Koordination der Forschung und stellen ein Instrument der Planung und Legitimierung der Forschungstätigkeit des Bundes dar. Seit der BFI-Periode 2004-2007 werden für die folgenden 11 Politikbereiche Forschungskonzepte erstellt: 1. Gesundheit (Federführung BAG), 2. Soziale Sicherheit (BSV), 3. Umwelt (BAFU), 4. Landwirtschaft (BLW), 5. Energie (BFE), 6. Nachhaltige Raumentwicklung und Mobilität (ARE), 7. Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), 8. Sicherheits- und Friedenpolitik (W+T, BABS, EDA/PD), 9. Berufsbildung (SBFI), 10. Sport und Bewegung (BASPO) und 11. Nachhaltiger Verkehr (ASTRA).

Interdepartementaler Koordinationsausschuss für die Ressortforschung

Im Jahr 1997 hatte der Bundesrat im Zuge der Reorganisation des Bereichs „Bildung, Forschung und Technologie“ einen Steuerungsausschuss für die Koordination der Ressortforschung eingesetzt. Mit der Totalrevision des FIG ist dieser Ausschuss seiner Funktion entsprechend als interdepartementaler Koordinationsausschuss (Koordinationsausschuss-RF) nun gesetzlich abgestützt worden.

Aufgaben: Gestützt auf das FIG hat der Koordinationsausschuss-RF namentlich die Aufgaben der Koordination der Forschungskonzepte¹⁶ sowie der Erarbeitung von Richtlinien für die Qualitätssicherung.¹⁷ Des Weiteren stellt der Ausschuss die stra-

¹⁶ „Grundsätze für die Erstellung der Konzepte 2017 – 2020 betreffend die Forschungsaktivitäten der Bundesverwaltung in den 11 Politikbereichen“, Koordinationsausschuss-RF, Oktober 2014.

¹⁷ „Qualitätssicherung in der Ressortforschung des Bundes“, Richtlinien des interdepartementalen Koordinationsausschusses-RF, 26. März 2014.

tegischen Koordination der Ressortforschung sicher, ist eine aktive Plattform für den Austausch guter Praxen in der Qualitätssicherung, erhebt jährlich den Forschungsaufwand und den Budgetrahmen der Forschungsaktivitäten der Bundesverwaltung für die Berichterstattung im Rahmen der jährlichen Informationsnotiz an den Bundesrat (enthält auch Informationen zu laufenden und geplanten Massnahmen im Bereich der Forschung der Bundesverwaltung wie Evaluationen und Aktivitäten im Zusammenhang mit parlamentarischen Vorstössen, etc.), nimmt Aufgaben wahr bei der Auswahl von Nationalen Forschungsprogrammen (NFP) und Nationalen Forschungsschwerpunkten (NFS), koordiniert zwischen der Ressortforschung und den anderen Instrumenten der Programmforschung und kann Evaluationen initiieren zu übergeordneten Themen im Bereich der Ressortforschung.

Die ämter- und departementsübergreifende Steuerung der finanziellen Ressourcen der Forschung der Bundesverwaltung fällt allerdings *nicht* in den Aufgabenbereich des Koordinationsausschusses-RF. Letztmals wurde im Jahr 2006 eine entsprechende Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates GPK-N zur Steuerung der Ressourcen in der Forschung der Bundesverwaltung durch den Bundesrat abgelehnt.¹⁸ Diese Steuerung muss in letzter Verantwortung durch das Parlament über die Genehmigung der jeweiligen betroffenen Kredite der Ämter erfolgen und kann mit dem heutigen Verfahren vom Parlament im Rahmen der jährlichen Budgetentscheide effizient wahrgenommen werden.

Zusammensetzung: Der Koordinationsausschuss-RF wird durch ein Geschäftsleitungsmitglied des Staatssekretariates für Bildung, Forschung und Innovation SBFI präsiert. Einsitz in den Ausschuss nehmen Mitglieder der Direktionen/Geschäftsleitungen der Bundesämter mit eigener Forschung und der eidg. Finanzverwaltung sowie Vertreter des SNF, der

KTI und des Rats der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat).

Arbeitsgruppe und Sekretariat des Koordinationsausschusses-RF

Die Erarbeitung von Grundlagen, Richtlinien und Berichten betreffend die Ressortforschung sowie die Vorbereitung der Sitzungen und Beschlüsse des Koordinationsausschusses-RF erfolgen in einer Arbeitsgruppe, in welche die Forschungsverantwortlichen der Bundesämter Einsitz nehmen. Die Arbeitsgruppe wird durch das Sekretariat des Koordinationsausschusses-RF geleitet, welches am SBFI angesiedelt ist. Das Sekretariat wiederum sichert den Informationsfluss unter den im Koordinationsausschuss-RF vertretenen Bundesämtern und betreut die Ge-

schäfte. Es ist zuständig für die Website www.resortforschung.admin.ch, welche Kurzinformationen zu Schwerpunkten der Forschung in den Politikbereichen, die aktuellen Forschungskonzepte, Links zu den Forschungsseiten der Bundesämter und die Dokumentation über die rechtliche Abstützung der Forschung abbildet. Die Sites enthalten auch standardisierte und jährlich von den in den Politikbereichen federführenden Ämtern aufdatierte Fact Sheets, welche die Öffentlichkeit über erfolgreich verlaufene Forschungstätigkeiten („success stories“) sowie über die finanziellen Ressourcen informieren.

Datenbank ARAMIS

Das Informationssystem ARAMIS (www.aramis.admin.ch) enthält Informationen über Forschungsprojekte und Evaluationen, die der Bund selber durchführt oder finanziert. Eingeführt wurde das System 1997 als Folge von mehreren parlamentarischen Vorstössen, die mehr Transparenz und eine Verbesserung der Kooperation in der Forschung der Bundesverwaltung verlangten. Die Ziele und Aufgaben des Systems werden in der ARAMIS-Verordnung (SR 420.171) beschrieben: (1) Schaffung von Transparenz hinsichtlich der Finanzflüsse im Bereich der Forschung und Innovation, (2) inhaltliche Koordination der vom Bund finanzierten oder durchgeführten Projekte, (3) Datenbeschaffung für die Statistik des Bundesamtes für Statistik (BFS) im Bereich «Forschung und Entwicklung in der Bundesverwaltung», (4) Planung und Steuerung auf dem Gebiet der Forschungs- und Innovationsförderung und (5) Unterstützung des Projektmanagements.

Das Informationssystem funktioniert als eine einfache Datenbankanwendung, in welcher alle Forschungsvorhaben und Wirksamkeitsüberprüfungen/Evaluationen der Bundesverwaltung als einzelne oder miteinander verknüpfte Projekte abgebildet werden. ARAMIS dient daher als ein Pfeiler in der Qualitätssicherung der Forschung der Bundesverwaltung und ist entsprechend in den Richtlinien des Koordinationsausschusses-RF über die Qualitätssicherung verankert. Für die Unterstützung der Forschungskoordination und planung sowie für einen effizienten Mitteleinsatz werden auf der Basis von ARAMIS jährlich detaillierte Informationen über die Art der Forschung (intramuros, Forschungsaufträge und -beiträge), die Auftragsnehmer sowie die Aufwände der Ämter im Rahmen der Forschungskonzepte zuhanden des Bundesrates und des Koordinationsausschusses-RF zusammengestellt. Damit wird garantiert, dass diese im Hinblick auf die Finanzplanung über die Mittelentwicklung und -einsatzung bei den einzelnen Ämtern informiert sind.

¹⁸ BBl 2007 847 (<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2007/847.pdf>).

Übergeordnete Ziele in der Periode 2017-2020

Auf der Grundlage des totalrevidierten FIFG und der Empfehlungen im Rahmen der Evaluation¹⁹ der Umsetzung der Qualitätssicherung in der Ressortforschung stehen für den Koordinationsausschuss-RF folgende Hauptziele in der Periode 2017-2020 im Vordergrund:

- In den Forschungskonzepten für die Politikbereiche werden die Schnittstellen zu den Forschungsschwerpunkten der Hochschulen, den Förderprogrammen des SNF und den Fördertätigkeiten der KTI explizit aufgezeigt. Damit soll die Ressortforschung, wenn sachlich möglich oder erforderlich, an die allgemeine Forschungsförderung angeknüpft werden. Die entsprechenden Programme der Forschungsförderungsinstitutionen oder Hochschulen sollen durch die Forschung der Bundesverwaltung vermehrt genutzt werden.
- Bei der Qualitätssicherung hat der Schweizerische Wissenschafts- und Innovationsrat SWIR Verbesserungspotenzial bei der Verzahnung zwischen Qualitätssicherung und Planung gesehen, welche noch zu wenig konsequent betrieben wird. In den Forschungskonzepten wird die Qualitätssicherung daher explizit mit konkreten Zielen/Massnahmen der am Konzept beteiligten Bundesstellen und Meilensteinen für die jeweilige Planungsperiode thematisiert.

¹⁹ Abschlussbericht des Steuerungsausschusses-BFT «Evaluation der Umsetzung der Qualitätssicherungsrichtlinien und der Nutzung der Forschungsergebnisse in der Ressortforschung» vom April 2010.

- Das Qualitätssicherungskonzept in der Ressortforschung basiert auf den 3 Pfeilern Forschungsmanagement, Berichterstattung/Reporting und Wirksamkeitsprüfung/Evaluation. Mit der Revision der Qualitätssicherungsrichtlinien durch den Koordinationsausschuss-RF ist beim Forschungsmanagement neben der strategischen Planung, den transparenten Verfahren bei den Vergabeverfahren, der Projektinformation in ARAMIS und der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse mit der *Forschungsbegleitung* eine zusätzliche Komponente aufgenommen worden. Die Begleitung dient dazu, die wissenschaftliche Qualität der Forschung durch das Einbringen von state-of-the-art-Methoden zu erhöhen sowie die effiziente und effektive Erarbeitung und die Bewertung der Forschungsergebnisse zu gewährleisten.
- Die Nutzung der Forschungsergebnisse wird gemäss ex-post Evaluationskriterien analysiert und nach Möglichkeit in den Abschlussberichten/Kurzfassungen über die durchgeführten Forschungsprojekte oder in separaten Stellungnahmen zu den Forschungsergebnissen dargelegt. Die entsprechenden Dokumente werden in der Datenbank ARAMIS abgelegt.
- Zum Erhalt und Ausbau der Kompetenz der Bundesstellen als Auftraggeber und Verwerter von anwendungsorientierter Forschung wird die Gelegenheit für Mitarbeitende zur Weiterbildung im Hochschulforschungsbereich sowie das intensive Zusammenwirken in gemeinsamen Vorhaben und Strukturen mit Forschenden an Hochschulen in der Schweiz und im Ausland vermehrt wahrgenommen.

Fotos:

Titelseite

Flickr/James Cridland (Creative Commons copyright)

Flickr/Ben Piven (Creative Commons copyright)

Picture-alliance/dpa

UN Photo/Martine Perret

FAO/Giulio Napolitano

UN Photo/Eskinder Debebe

Bild S. 18

FAO/Giulio Napolitano

SDC Swiss Agency for Development and Cooperation
energy20.net/Michael Kottmeier

Plant With Purpose

Bild S. 20

SDC Swiss Agency for Development and Cooperation

FAO/Balint Pornecz

FAO/Giulio Napolitano

FAO/Giuseppe Bizzarri

PHOTOPRESS/SECO - Martin Ruetschi

Bild S. 22

UN Photo/Eskinder Debebe

Flickr/US Army Africa (Creative Commons copyright)

UN Photo/G. Pirozzi

UN Photo/Sophia Paris

Bild S. 23

UN Photo/Shareef Sarhan

SDC Swiss Agency for Development and Cooperation

Getty Images/Benjamin Lowy

Picture-alliance/dpa

Bild S. 25

Getty Images/Warrick Page

Getty Images/Marco di Lauro

UN Photo/Martine Perret

Impressum

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
3003 Bern
www.deza.admin.ch

Grafik:

Mark Manion, Communication Arts

Bestellungen:

Information EDA
Tel.: +41 58 462 44 12
Email: deza@eda.admin.ch

Kontakt:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
Abteilung Analyse und Politik
Freiburgstrasse 130, CH 3003 Bern / Schweiz
Tel.: +41 58 462 11 60
E-mail: analyse.politik@eda.admin.ch

Diese Publikation ist auch auf Französisch und Englisch erhältlich und kann unter www.deza.admin.ch/publikationen in elektronischer Form bezogen werden.

Bern, 2016